Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 192. Dienstag, den 18. August 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Sozialdemokratie und Militarismus in Dänemark.

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses in Stuttgart 1907, hat die Sozialdemokratie Dänemarks im dänischen Reichstag einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Abschaffung des Militarismus fordert. Ein Bericht des Genossen P. Knudsen gibt darüber interessanten Aufschluß.

Die dänische Regierung hatte im Herbst 1901, gleich nach dem in demselben Jahre in Dänemark eingetretenen politischen Systemwechsel, eine parlamentarische „Landesverteidigungs-Kommission“ niedergesetzt, in welcher die verschiedenen politischen Parteien je nach ihrer Stärke im Reichstage vertreten waren. Diese Kommission hat nun, wie kürzlich berichtet, eine Enquete veröffentlicht, in welcher von seiten unserer Partei der Vorschlag auf Abrüstung durch eine vollständige Aufhebung des bestehenden Heerwesens gemacht wird, ohne jedoch dadurch das Volk wehrlos zu machen.

Nachdem diese große und wichtige Frage von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Dänemarks gründlich behandelt worden war, haben deren Mitglieder der Kommission, die Genossen K. M. Klausen und J. Willmann — beide Mitglieder des Folkething — in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Reichstagsfraktion, folgenden Gesetzentwurf eingebracht:

§ 1. Der dänische Staat erklärt sich den übrigen Mächten gegenüber prinzipiell und dauernd neutral. Differenzen mit anderen Staaten, die nicht auf dem diplomatischen Wege geschlichtet werden können, sollen vor das ständige internationale Schiedsgericht eingebracht werden.

§ 2. In allen öffentlichen und privaten Schulen wird ein erweiterter Turnunterricht sowie andere Leibesübungen eingeführt. Für die Jugend wird die physische Erziehung mit Turnen, Waffenübung und anderen Leibesübungen obligatorisch eingeführt. Die hierdurch entstehenden Ausgaben werden von der Staatskasse getragen. Die Regelung dieser Sache bestimmt ein besonderes Gesetz.

§ 3. Die im Gesetz vom 6. März 1869 angeordnete Wehrpflicht wird aufgehoben und die in den Stammrollen sowohl für das Landheer wie für die Marine eingetragenen Mannschaften werden gelöscht.

§ 4. Für die Offiziere, Beamten, Unteroffiziere und Gleichgestellten gelten die laut Gesetz vom 24. Febr. 1858, § 6, festgelegten Regeln.

§ 5. Kommunen, welche auf Grund gegenwärtigen Gesetzes Verluste erleiden, erhalten aus der Staatskasse volle Entschädigung.

§ 6. Alle zur Land- oder Seeverteidigung gehörenden Befestigungsanlagen werden desarmiert und niedergelegt und auf Grund eines Gesetzes entweder veräußert oder zu anderen Staatszwecken verwendet.

Das Material der Land- und Seeverteidigung, hierunter auch die Übungsplätze, Kasernen, Baracken, Manöverplätze usw., werden entweder realisiert oder zu zivilen Zwecken verwendet. Die näheren Bestimmungen hierüber werden durch ein besonderes Gesetz getroffen.

§ 7. Die Werkstellen, Laboratorien, Fabriken und dergl., welche entweder der Kriegswerft oder dem Landheer dienen, werden aufrechterhalten und zugleich mit den dort beschäftigten Arbeitern und Betriebsleitern zur Herstellung von Material zu Staatszwecken verwendet.

§ 8. Über die Anwendung von Summen, welche durch die in gegenwärtigem Gesetze erwähnten Realisationen oder durch Ersparnisse in den bisherigen Ausgaben für das Verteidigungswesen gewonnen werden, werden in einem besonderen Gesetz Bestimmungen getroffen.

§ 9. Die Frage betr. Umänderung der Polizei oder betr. Organisation einer Grenzwacht wird durch Gesetz geregelt.

§ 10. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den dänischen Gewässern und zum Schutze der Interessen dänischer Staatsbürger auf dänischem Seeterritorium wird eine Anzahl Inspektionsfahrzeuge angeschafft.

§ 11. Alle früheren Gesetze oder Erlasse, welche gegen gegenwärtiges Gesetz verstoßen, werden aufgehoben.

Die Begründung des Gesetzentwurfes hat folgenden Wortlaut:

„Das dänische Volk muß zu der Erkenntnis kommen, daß die Verteidigung gegen die Angriffe einer Großmacht weit über seine Kräfte hinausgeht und keine Aussicht auf einen auch nur einigermaßen günstigen Erfolg hat. Der dänische Staat kann seine Hoffnung ausschließlich auf den Frieden setzen und muß sich deshalb den übrigen Mächten gegenüber neutral erklären, und zwar nicht allein für eine bestimmte Zeit oder bei einer bestimmten Gelegenheit, sondern prinzipiell und dauernd. Wenn Dänemark gleichzeitig hiermit seine Land- und Seebefestigungen schleift und seine Flotte abschafft, wird niemand daran zweifeln können, daß unsere Neutralität ehrlich und ernsthaft gemeint ist. Die übrigen Mächte werden dann mit Sicherheit davon ausgehen können, daß Dänemark den besten Willen hat, sich für die Zukunft außerhalb der Konflikte zwischen anderen Mächten zu stellen. Die Kriegsbereitschaft mit Hinblick auf das Heer, die Flotte und die befestigten Punkte, welche ein so kleines Land wie das unserige aufrechtzuerhalten vermag, kann unter einem Konflikt in den Augen einer Großmacht verlockend wirken und gerade deshalb — was unsere Geschichte beweist — unser Land in den Krieg hineinzwingen. Ein abgerüstetes Dänemark ist ohne Interesse für eine kriegführende Großmacht und hat deshalb die größte Wahrscheinlichkeit für sich, daß es außerhalb eines Krieges stehen kann.

Wenn wir uns erdreisten, ganz mit der Vergangenheit zu brechen und obigen Standpunkt einzunehmen, geschieht dies aus folgenden Gründen:

1. Es ist unmöglich für das dänische Volk, sein Land oder seine Neutralität gegen den Angriff einer Großmacht zu verteidigen. Namentlich ist unsere Verteidigung unmöglich gemacht worden, nachdem wir die Herrschaft über unsere eigenen Gewässer verloren haben. Während eines Krieges würde diese durch überlegene Kriegsflotten beherrscht werden, so daß wir die Verbindung zwischen den verschiedenen Landesteilen nicht aufrechterhalten könnten, ja, nicht einmal die erste aller Bedingungen: das Heer zu mobilisieren und zu einer gemeinschaftlichen Aktion zu sammeln, erfüllen können.

2. Der internationale Charakter und das starke Anwachsen der Sozialdemokratie in allen Kulturländern, und da namentlich in Deutschland, ist die sicherste Bürgschaft für die Bewahrung des Friedens. An dem Tage, an welchem Dänemark abrüstet und sich prinzipiell und dauernd neutral erklärt, würden die sozialdemokratischen Parteien in Norwegen, Schweden, Deutschland, Frankreich und England, wie auch in allen anderen Ländern, diesen Schritt mit Freuden und einmütiger Zustimmung begrüßen. Ein kriegerischer Angriff auf ein neutrales und abgerüstetes Dänemark würde in allen diesen Ländern den bestimmtesten Protest hervorrufen und den Angreifern selbst die ernstlichsten Verlegenheiten bereiten.

Da die physische Ausbildung der Jugend, welche ein Teil derselben bisher durch den Soldatendienst erhalten hat, aufhört, wenn die Abrüstung durchgeführt wird, schlagen wir vor, daß für die Jugend eine obligatorische Ausbildung mit Turnen, Waffenübung und anderen Leibesübungen eingeführt wird. Während die Vorteile der jetzigen militärischen Ausbildung nur einer kleinen Minderheit zu gute gekommen sind, würde nach unserem Vorschlag die gesamte dänische Jugend, also sowohl die männliche wie die weibliche, an der physischen Erziehung teilnehmen, was sicherlich einen vorteilhaften Einfluß auf das heranwachsende Geschlecht und damit auf die gesamte Nation ausüben würde.

Nach unserem Vorschlag würden enorme Werte, welche jetzt zu militärischen Zwecken festgelegt sind, freigemacht und bedeutende jährliche Ersparnisse eingeführt werden können. Für die Bevölkerung würde dieses eine Erleichterung der Steuerlasten mit sich führen, wie auch große Mittel zu nützlichen sozialen Reformen flüssig gemacht werden könnten.

Die Offiziere, Beamten, Unteroffiziere und Gleichgestellten, welche durch unseren Vorschlag aus ihren bisherigen Stellungen kommen würden, schlagen wir vor, nach dem Gesetz vom 24. Februar 1858, § 6, zu behandeln. Dieser Paragraph lautet: „Wenn ein Amt eingezogen wird, hat derjenige, welcher es bekleidet, 5 Jahre lang die Anwartschaft auf Wartegeld mit ⅔ seiner Amtseinnahme; er ist jedoch verpflichtet, eine andere Anstellung anzunehmen mit mindestens derselben Einnahme, welche ihm das eingezogene Amt gegeben hat. Hat er innerhalb 5 Jahren ein neues Amt nicht erhalten, wird er auf Pension gesetzt.“

Es muß ebenfalls als eine Pflicht des Staates angesehen werden, denjenigen Kommunen, welche durch unseren Vorschlag geschädigt werden, vollen Ersatz zu leisten.

Die Werkstellen, Laboratorien, Fabriken u. dergl., welche der Kriegswerft oder dem Landherr gehören, wünschen wir aufrechterhalten. Die hier beschäftigten Arbeiter und Betriebsleiter würden auch hier volle Beschäftigung erhalten können bei der Herstellung des verschiedenartigen Materials, welches der Staatsbetrieb erfordert.

Mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande sowie auf die Organisation einer Grenzwacht, hält es die Minorität nicht für praktisch, bestimmte Vorschläge zu machen. Diese Frage, sowie die Frage betr. Anschaffung von Inspektionsfahrzeuen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in unseren Gewässern, müßte durch ein besonderes Gesetz geregelt werden.

Der Abrüstungsgedanke hat zahlreiche Freunde in allen Ländern und gewinnt Tag für Tag stärkeren Anhang. Dieses ist auch sehr natürlich. Die Militärlasten sind in allen Ländern im starken Steigen begriffen und werden immer mehr unerträglich, während die fortschreitende Entwicklung der Mordwaffen ein jedes Volk vor einem kommenden Kriege mit Entsetzen erfüllt. Es ist aber kaum zu erwarten, daß eine Großmacht vorläufig die Abrüstung durchführen wird. In dieser Beziehung müßten die kleinen Staaten an der Spitze gehen, und da ist es natürlich, daß Dänemark infolge seiner geringen Größe und infolge seiner durch das Wasser gesonderten Landesteile den Anfang macht. Dänemark kann als souveräner Staat und unabhängig von anderen Mächten die Abrüstung durchführen, womit die beste Sicherheit für die Existenz unseres Landes und die Bedingung einer glücklichen Zukunft für unser Volk gegeben wäre.“

Gleich nach Veröffentlichung der Enquete hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Sitzung abgehalten und durch ein Manifest einstimmig dem von den Kommissionsmitgliedern ausgearbeiteten Gesetzentwurf sowie dessen Begründung ihre Zustimmung gegeben.

In dem erwähnten Manifest wird folgendes ausgeführt:

„Die organisierten Arbeiter aller Länder haben auf dem im vorigen Jahre in Stuttgart abgehaltenen Kongreß das Gelübde abgegeben, sich gegen eine jede Regierung erheben zu wollen, welche die Freiheit und das Recht anderer Völker angreifen will. In dem Konflikte im Jahre 1905 zwischen Norwegen und Schweden zeigte es sich, welche Bedeutung die sozialdemokratische Arbeiterbewegung als Garantie für den Frieden und als Kulturfaktor bereits gewonnen hat.

Man behauptet, daß die Abrüstung eine Erschlaffung und Verweichlichung im Gefolge haben würde. Wir kennen jedoch edlere Aufgaben für den Mann und für die Energie des Mannes, als den grausamen und wahnsinnigen Menschenmord. Unsere Vertreter in der Kommission schlagen außerdem als Ersatz für die körperliche Ausbildung, welche in der allgemeinen Wehrpflicht liegt — womit jedoch vielerlei körperliche und moralische Gefahren verknüpft sind — vor, die gesamte Jugend des Volkes durch Turnen, Waffenübung und andere Leibesübungen physisch zu erziehen, unter weit gesünderen, besseren und allseitigeren Formen als jenen, welche das Leben in der Kaserne erzeugt. Und wenn diese Erziehung obligatorisch, d. h. gemeinschaftlich für alle, eingeführt wird, schafft man eine Garantie dafür, daß eine Oberklasse des Volkes nicht durch Errichtung von Schützenvereinen oder anderen freiwilligen Organisationen eine Art Klassenwehr bilden kann. Ein nach unserem Vorschlag physisch erzogenes Volk wird zu jeder Zeit imstande sein, die Freiheit und Ordnung zu bewahren — unendlich besser als ein durch das Kasernenwesen verkrüppeltes und geschwächtes Volk.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Militärstaat ohne Militarismus.

Warum das deutsche Volk das Privileg des Einjährig-Freiwilligendienstes braucht, verrät in der „Post“ ein Oberst v. Cochenhausen. Er will nachweisen, daß das häßliche Wort Militarismus für Deutschland keine Geltung habe, daß das Deutsche Reich in Wirklichkeit ein „Militärstaat ohne Militarismus“ sei, und um dies beweisen zu können, verzapft der Herr Oberst die nachstehenden hahnebüchenen „Wahrheiten“:

> Das Institut der Einjährig-Freiwilligen führt nicht nur die geistige Aristokratie dem Heere zu, sondern ist auch wechselweise die Bildung des Volkes fördernd. Wie manches reiche Muttersöhnchen würde gar nichts lernen, wenn es nicht vor die Wahl gestellt wäre: Entweder Examen, oder zwei Jahre in die Kaserne! Die Armee wirkt erziehlich und bildend. Wie manchem gehen erst in der Kaserne die Augen auf für die Größe des Vaterlandes! Wie mancher verdankt seiner Dienstzeit die Erschließung des Geheimnisses, daß der Mensch ein denkendes Individuum ist, dem die Schöpfung so viel Großes und Schönes in die Brust gelegt hat.

Mehr strotzende Lügen können schlechterdings nicht in wenigen Zeilen zusammengefaßt werden. Die Armee als Erzieherin der Soldaten zu „denkenden Individuen" — diese Behauptung ist so grotesk, daß ein Wort der Widerlegung die Wirkung nur beeinträchtigen könnte. Der Herr Oberst hat aber noch andere Schönheiten an dem deutschen „Militärstaat ohne Militarismus" entdeckt. Er bestreitet, daß im Heer ein Kadavergehorsam bestehe, um dann frohlockend fortzufahren:

Ebensowenig wie an Geist und Gemüt wird auch irgend jemand in der Kaserne am Körper geschädigt. Selbst die Sonne hat ihre Flecken, und die Buben, welche — ein Schandfleck für die Armee — ihre Untergebenen mißhandeln, sind ihrer Strafe sicher. Wer sich selbst erniedrigt, und sich Mißhandlungen gefallen läßt, dem ist nicht zu helfen. Wer aber vortritt und die Mißhandlungen meldet, der findet sicher sein Recht. Die Behauptung, es werde ihm nachgetragen und er werde später erst recht mißhandelt, ist eine dreiste Lüge, und jeder, der die Verhältnisse kennt, lacht darüber. „Jeder liegt, wie er sich bettet." Wer frohen Mutes seine Schuldigkeit tut, und nach Kräften ein guter Soldat ist, der wird sicher nichts zu klagen haben. Unsere Unteroffiziere sind ehrenwerte Männer, die in hohem Pflichtgefühl den schweren Dienst, der ihnen zugemutet werden muß, gern tun — keine „Leuteschinder". Wer ihnen aber absichtlich das Leben schwer macht, dem machen sie es innerhalb der gesetzlichen Grenzen wieder schwer, das ist rein menschlich und nicht nur in der Armee, sondern überall so.

Schade nur, daß kein Tag vergeht, an dem nicht dies „hohe Pflichtgefühl" der „ehrenwerten Männer" vor den Kriegsgerichten in die merkwürdigste Beleuchtung gerückt wird. Das eine wollen wir dem Lobredner des deutschen Militärstaates allerdings zugeben, daß nämlich die Soldatenschinder meist nur die Opfer des militärischen Systems sind, das in dem einzelnen Soldaten nicht den Menschen, sondern nur ein willenloses Werkzeug sieht. Diese Tatsache paßt freilich absolut nicht in die schöne Theorie des militärischen Sachwalters hinein. Eine Schönheit hat der Herr Oberst noch am deutschen Militarismus entdeckt, die auch wir ihm nicht streitig machen wollen: er behauptet nämlich, daß fünf Sechstel der Mannschaften zu Hause schlechter lebten, als in der Kaserne. Es ist allerdings eine Tatsache, daß unter der volksauswuchernden Herrschaft des Kapitalismus die Volksernährung so unglaublich tief herabgedrückt worden ist, daß sie noch unter dem Niveau der gewiß nicht mit lukullischem Überfluß beglückten Heeresangehörigen steht. Für diese eine Wahrheit wollen wir dem Herrn v. Cochenhausen gern die eine hahnebüchene Behauptung schenken, daß beim Militär keine Politik getrieben werde.

Schöne Aussichten.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." kündigt an, daß sie die in der Presse aufgetauchten Steuerpläne einer Erörterung unterziehen werde. Das offiziöse Blatt bemerkt zunächst, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches überaus günstig sei. Dann heißt es:

„Von einer überschuldung des Deutschen Reichs und seiner Einzelstaaten in dem Sinne, daß durch die gegenwärtige Höhe der Reichs- und Staatsschulden von etwa 19 Milliarden Mark eine Gefahr für die Erfüllung der hieraus folgenden Schuldverpflichtungen gegenüber den Gläubigern oder eine unerträgliche Belastung der Steuerzahler hervorgerufen werde, kann nicht die Rede sein. Auch die bei der jetzigen Finanzgebarung in den nächsten Jahren mit Sicherheit bevorstehende Vermehrung unserer Verschuldung um 1 bis 3 Milliarden Mark kann zu Bedenken in dieser Richtung keinen Anlaß geben."

Als ob es sich um einen Pappenstiel handele, werden für die nächsten Jahre bis 3000 Millionen Mark neuer Schulden angekündigt. Und wo bleibt, wenn man fragen darf, die von Bülow angekündigte Sparsamkeit?

Ersparungen im Militäretat.

Es ist bekannt, daß nirgends mehr drauf los gewirtschaftet wird, als beim Militär. Obgleich das Reichsdefizit stetig wächst, werden ohne Rücksicht auf die Finanzlage die überflüssigsten Ausgaben verlangt, die für die Schlagfertigkeit der Armee ganz unwesentlich sind und nur den Zweck haben, die Vorliebe für äußerlichen Prunk zu befriedigen. Das sieht sich selbst Freiherr v. Zedlitz im „Tag" zuzugeben genötigt, dem man kaum Unkenntnis auf diesem Gebiete, noch Voreingenommenheit gegen das Militärwesen vorwerfen kann: Er schreibt:

Wenn dem Hinweis auf die luxuriöse Ausstattung einzelner höherer Kommandostellen mit Dienstwohnungen, Adjutanten und Rationen oder auf die zahlreichen Versetzungen höherer Offiziere ohne Rücksicht auf Reise und Umzugskosten und ähnliches mit dem Bemerken begegnet zu werden pflegt, daß es sich dabei nur um Einzelheiten von geringer finanzieller Tragweite handelt, so kann dieser Einwand als durchschlagend nicht angesehen werden. Einmal summieren sich zahlreiche kleine Beträge doch zu recht beträchtlichen Summen, vor allem sind jene Einzelfälle aber ein sicheres Zeichen dafür, daß aus dem vollen gewirtschaftet wird und der rechte Geist sparsamer Wirtschaft verloren gegangen ist. Hier wird mit eiserner Hand durchgegriffen werden müssen. Der Reichsschatzsekretär allein ist dazu schwerlich stark genug. Seine Stellung gegenüber den Reichsressorts ist ungleich schwächer als die des preußischen Finanzministers gegenüber seinen Kollegen, umgekehrt die der Heeres- und Marineverwaltung vermöge ihres Rückhaltes bei dem obersten Kriegsherrn sehr viel stärker als die irgendeines preußischen Ministeriums. Der Reichskanzler wird sich also persönlich dafür einsetzen müssen, wenn der Sparsamkeitsgedanke in den Reichsverwaltungen in die Tat umgesetzt werden soll.

Warum sollte man denn auch sparen? Wenn von den sogenannten militärischen „Sachverständigen" die Bewilligung neuer Ausgaben im Reichstag gefordert wird, kennt die Mehrheit keine Finanznot.

„Die Lehrermaßregelungen als Massenerscheinung" treten erst unter Herrn Dr. Holle auf, konstatiert die „Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins", in der man liest:

„Liberale Lehrer als Sozialdemokraten zu denunzieren, war auch sonst ein beliebtes Mittel der Reaktion. Die peinlichste dieser Maßregelungen traf indessen den hochverdienten Vorsitzenden des Pommerschen Provinziallehrervereins, Rektor Juds in Kolberg, einen Mann, der nicht nur in der Lehrerschaft der Provinz Pommern, sondern weit darüber hinaus sich des höchsten Ansehens erfreut. Die Köslinger Regierung bestätigte die Wahl des Herrn Juds in die Schuldeputation nicht.

In der Lehrerschaft haben diese und viele andere Vorgänge den peinlichsten Eindruck gemacht. Die Lehrer fragen mit Recht: Was sagt der Minister dazu? Es ist den Lehrern nichts Neues, daß man die aufstrebende Volksschule und ihre Träger an manchen Stellen argwöhnisch beobachtet und über jeden Schritt vorwärts in Aufregung gerät. Aber von der verantwortlichen Stelle im Staate, wo derartige Auffassungen schlechterdings nicht bestehen können, erwartet die Lehrerschaft Schutz und Genugtuung. (!! Die Lehrer haben ein starkes Vertrauen!) Soll bei den Lehrern etwa der Eindruck entstehen, daß gewisse politische Cliquen stärker sind als die Staatsverwaltung (das sind sie allerdings), und daß ostentativ gegen den Bülowschen Kurs regiert werde, etwa im Sinne der bekannten wenig respektvollen agrarischen Äußerungen über die Minister im Zirkus Busch?

Dr. Holle hat öffentlich ausgesprochen, daß „mit dem Wohle der Volksschule das der Volksschullehrer unlöslich verbunden sei", und daß „Unterrichtsverwaltung und Lehrer in vollem Vertrauen gemeinsam arbeiten" müßten. (Schöne Worte!) Dazu gehört aber vor allem, daß sich die Lehrer in ihren staatsbürgerlichen Rechten und in ihrer beruflichen Wirksamkeit sicher fühlen. Wohin es führt, wenn sich ein großer Stand von seinen berufenen Vertretern verlassen sieht, zeigt der Fall Beyhl in Bayern. Sollen die preußischen Lehrer zu derselben Form der Abwehr gedrängt werden? Hoffentlich nicht. Die Schule braucht Frieden. Es darf nicht jeder kleine Reaktionär, auch wenn er zufällig ein Staatsamt bekleidet, der Meinung sein, der Volksschullehrer sei politisches Freiwild. Daß das nicht geschieht, ist ein vitales Interesse des Staates und wohl eine der wichtigsten Aufgaben des Unterrichtsministers." —

Die Lehrer werden sehen, daß sie mit ihrem Optimismus, der sich in der Frage ausdrückt: Was sagt der Minister dazu? eine grausame Enttäuschung nach der anderen erleben werden. Der Minister und sein Schwartzkopff sagen zu allem „Ja und Amen".

Für die Liberalen ist das System Holle noch eine besonders derbe Ohrfeige. Sie bildeten sich ein, mit dem Abgang Studts sei ihnen eine Konzession gemacht worden und nun müssen sie erfahren, daß sie vom Regen in die Traufe gekommen sind."

Erholung auf Staatskosten.

Dr. Diederich Hahn, der streitbare Direktor des Bundes der Landwirte, ist auf der Suche nach einem Ruheposten. Als solchen betrachtet er die Stelle eines Landeshauptmanns der Provinz Hannover, um die er sich beworben hat. Der „Deutsche Bote" bestätigt, daß Herr Dr. Hahn deshalb ausspannen will, weil die bündlerische Agitation seine Nerven stark mitgenommen habe. Mit seinem Versuch, diese Sinekure zu erhalten, hat er freilich anscheinend keinen Erfolg, denn die nationalliberale Presse erklärt, daß seine Ernennung eine Brüskierung der nationalliberalen Partei wäre.

Warum verlangt man nicht ein staatliches Genesungsheim für erholungsbedürftige Agitatoren des Bundes der Landwirte? Fürst Bülow würde gewiß bestrebt sein, auch diesen Wunsch zu erfüllen.

Das Finanzelend des Reiches.

Die „Berliner Börsenzeitung" bringt eine Darstellung über die Gestaltung des Etats-Abschlusses per 1907, aus der sich ergibt, daß die Finanzlage sich noch erheblich verschlechtert hat. Es heißt da: „Ist nun zu erwarten, daß in den Reichshaushaltetat für 1909 ein Überschuß aus dem Jahre 1907 eingestellt werden kann? Die Frage wird auch jetzt schon, wo der Finalabschluß der Reichshauptkasse für das letztgenannte Finanzjahr noch nicht vorliegt, unbedingt verneint werden müssen. Ob überhaupt die Reichskasse einen Überschuß für 1907 wird verzeichnen können, ist sehr fraglich. Gewiß haben die hauptsächlichsten Einnahmezweige des Reiches, deren Jahreserträge schon vor Monaten veröffentlicht wurden, einen geringen Überschuß ergeben, und es ist wahrscheinlich, daß andere Einnahmezweige, deren Ergebnisse noch nicht publiziert sind, gleichfalls mit Mehrerträgen abschließen werden. Es ist aber durchaus sicher, daß diesen Mehreinnahmen auch Mehrausgaben gegenüberstehen. Über die Höhe der letzteren wird erst der Finalabschluß Auskunft geben. Wahrscheinlich werden die Mehrausgaben die Mehreinnahmen bei der Reichskasse übersteigen. Selbst wenn dies aber nicht der Fall sein würde, so würde doch kein Überschuß aus 1907 in den Etat für 1909 eingestellt werden können, weil auch auf ihn die Bestimmung Anwendung zu finden hätte, daß er zur Kürzung der ungedeckten Matrikularbeiträge zu verwenden wäre. Und diese waren schon nach dem Etat für 1907 auf einige 80 Millionen Mark bemessen, werden sich aber in Wirklichkeit wahrscheinlich noch etwas steigern, da die Überweisungssteuern für 1907 nicht soviel abgeworfen haben dürften, als im Etat von ihnen erwartet wurde. Es ist nicht daran zu denken, daß ein etwaiger Überschuß auch nur entfernt an diese Summe heranreichen würde. Unter allen Umständen würde er aber, wenn er überhaupt vorhanden wäre, durch die ungedeckten Matrikularumlagen aufgezehrt werden. So ist es denn sicher, daß die Reichsfinanzverwaltung leider bei der jetzt in Angriff genommenen Aufstellung des Reichshaushaltsetats für 1908 mit „Überschüssen aus früheren Jahren" nicht wird rechnen können."

Rußland.

Offizielle Daten über Hinrichtungen im Jahre 1907. Wie „Retsch" mitteilt, erließ der Kriegsminister im Sommer 1907 die Verfügung, daß alle Mitteilungen über vollstreckte Hinrichtungen dem Polizeidepartement des Ministeriums des Innern zugestellt werden. Diese Mitteilungen werden seitdem alle zwei Monate dem Polizeidepartement zugestellt. Nach diesen Angaben erweist es sich, daß allein im Jahre 1907 595 Hinrichtungen oder durchschnittlich 50 Hinrichtungen im Monat in Rußland vollstreckt wurden. — Jüngst sprach Stolypin von 15 Hinrichtungen im Monat. Nun ist selbst aus offiziellen Angaben ersichtlich, welche Bewandtnis es mit den Versicherungen des russischen Ministerpräsidenten hat.

Persien.

Nach russischem Muster. Das „Berliner Tageblatt" gibt einen Auszug aus einem in dem russischen „Rjetsch" veröffentlichten Interview des russischen Gesandten in Teheran mit dem Schah. Danach habe der Schah erklärt, daß er aus den Provinzen zahlreiche Telegramme erhalte mit der Bitte, der Konstitution für immer ein Ende zu machen. (!) Das Volk sei durch die traurige Erfahrung mit dem ersten Medschläß klug gemacht worden und wünsche kein Parlament. Doch wolle der Schah eine Art von Scheinparlament beibehalten. Die Perser seien für ein wirkliches Parlament zu ungebildet. Sie hätten mit dem ersten Medschläß Unfug getrieben und daraus eine Art gerichtliche und exekutive Institution gemacht. Vor allem hätten sich die Deputierten selbst gewählt. Sodann habe sich der Medschläß in fast alle Angelegenheiten des Staates eingemischt, indem er mit der Ehescheidung begann und mit der Ernennung der Minister und Gesandten endete. Der Medschläß hätte keine legislative, sondern eine Exekutivfunktion übernommen. „Zudem wuchsen", habe der Schah weiter gesagt, „die Entschumens dem Medschläß über den Kopf und wurden zu einer ernsten Gefahr nicht nur für das Reich, sondern auch für das Volk. An dem Mißlingen des ersten Medschläß war das Wahlsystem oder richtiger das Fehlen jeden Wahlsystems schuld. Das muß beim zweiten Medschläß vermieden werden. Der Schah hat sich alle Gesetze über den russischen Reichsrat und die Reichsduma vorlegen lassen und will, durch die Hofkreise beeinflußt, zwei Kammern schaffen, in denen die Abgeordneten ernannt und nicht mehr gewählt werden. Das Oberhaus und das Unterhaus werden rein beratenden Charakter tragen. Diese Verkürzung der dem Volk gewährten Rechte ist aus dem Grunde notwendig, weil dem persischen Volke jede politische Vorbereitung fehlt." — Wie man sieht, hat es der Schah dem Zaren ganz trefflich abgeguckt, wie er sich räuspert und wie er spuckt. Natürlich ist der russische Gesandte von den Absichten des Schahs entzückt und stellt das kastrierte „Parlament" als einen großen Schritt nach vorwärts hin.

Vereinigte Staaten.

Ein furchtbarer Rassenkampf ist in Springfield im Staate Illinois ausgebrochen. Es wird darüber berichtet: Der Angriff eines Negers auf eine weiße Frau veranlaßte einen Kampf zwischen Weißen und Negern, der die ganze Nacht anhielt. Nachdem die weiße Menschenmenge zahlreiche Häuser im Negerviertel in Brand gesteckt und verschiedene Geschäfte erbrochen hatte, ergriff sie den Neger, schoß zahlreiche Kugeln auf ihn ab und knüpfte die Leiche an einem Baum auf. Die Menge tanzte unter ungeheurem Jubelgeschrei um die Leiche herum, Während der wüsten Szenen wurden zwei Weiße getötet und 75 Personen verletzt. Der Hilfsschatzmeister des Bezirks wurde von einer Negermenge angegriffen und tödlich verletzt. Da die Miliz der Lage nicht Herr wurde, wurden Truppen aus Chicago herbeibeordert. Sie feuerten über die Köpfe der Menge hinweg und vertrieben sie endlich. Zahlreiche Männer, Frauen und Kinder verlassen die Stadt. Die größeren Geschäfte sind geschlossen. Im Laufe des Tages erneuerten sich die Unruhen. Dabei wurden sechs Weiße getötet und ein Neger gelyncht. An verschiedenen Stellen brach Feuer aus. Der Pöbel beherrscht die Stadt. Das Militär fuhr Maschinengewehre auf, und der Gouverneur beorderte alle Milizen des Staates nach Springfield. — Der Rassenkampf wird erst dann verschwinden, wenn der Sozialismus allenthalben zum Siege gelangt ist.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 18. August.

Achtung Bauarbeiter! über die Sielbauarbeiten in der Marli- und Kaiser Wilhelmstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt worden.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Sielbauarbeiten in der Marlistraße sowie über den Bau in Kaltenhof-Schwartau, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, die Sperre verhängt worden. Als Akkordanten fungieren J. Jabs, Werderstraße, F. Mädel, Krempelsdorfer Chaussee. Ferner ist die Sperre über den Bau von Heidenreich und Görner im Fünfhausen verhängt worden.

Achtung Schuhmacher! über die Schuhwaren-Reparaturwerkstellen von Peter Bernhardt, Hüxterdamm 10, sowie H. Dettmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterschaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Eine treffende Charakteristik der Zeppelin-Spender gibt die „Literarische Praxis". Sie schreibt: „Sofort nach der Katastrophe, von der das Luftschiff des Grafen Zeppelin betroffen worden ist, hat eine Hilfsaktion eingesetzt, die einen weit größeren Umfang angenommen hat, als andre derartige Veranstaltungen. Schon jetzt ist eine nach mehreren Millionen zählende Summe zusammengebracht worden. Eine große Zahl deutscher Zeitungsverleger beteiligt sich mit in erster Linie an den Sammlungen und hat selbst nahmhafte Beträge gespendet. Der erhebende Eindruck, den dieses gemeinsame Vorgehen dieser Zeitungsunternehmer hervorruft, wird nur leider dadurch abgeschwächt, daß unter den Verlegern, die mit so großer Bereitwilligkeit für andre sammeln, sie auch solche befinden, in deren Betrieben noch nicht die notdürftigsten sozialpolitischen Einrichtungen zu finden sind. Wir müssen immer wieder betonen, daß es beschämend ist, wenn bei einer großen Zahl von Zeitungsverlegern jedes Verständnis dafür fehlt, daß man zunächst erst in den eigenen Betrieben angemessene Verhältnisse schaffen muß. Eine Probe aufs Exempel würde ein interessantes, aber wenig erfreuliches Resultat liefern. Wenn z. B. ein Aufruf zugunsten der den allgemeinen Interessen der Schriftsteller und Journalisten dienenden Münchener Pensionsanstalt erlassen würde, wie winzig wäre wohl das Ergebnis gegenüber dem Betrage, der jetzt von den deutschen Zeitungsverlegern für das Unternehmen eines einzelnen Mannes gespendet wird. Die „Literarische Praxis", ein bürgerliches Fachblatt, kennt jedenfalls ihre Pappenheimer genau.

Darf der Arzt nachträglich seine Rechnung erhöhen? Vielfach herrscht im Publikum der Glaube, daß ein Arzt, wenn er einmal eine Rechnung gesandt habe, unter keinen Umständen berechtigt sei, dieselbe nachträglich zu erhöhen. Dem gegenüber ist es von Interesse, hervorzuheben, daß die Gerichte wiederholt im gegenteiligen Sinne entschieden haben, was sich auch aus folgendem Urteil ergibt. Als ein Arzt einem Patienten seine Rechnung mit 57 Mk. sandte, schickte letzterer sie mit dem Vermerk zurück, er wisse nicht, was er mit vorstehender Rechnung solle, falls dies für ärztliche Bemühungen sein solle, bitte er es zu bemerken. Darauf prüfte der Arzt die Liquidation, spezifizierte sie und erhöhte sie dabei von 57 Mk. auf 175 Mk. Der Patient zahlte nunmehr 57 Mk., verweigerte Zahlung des Mehrbetrages und wurde durch rechtskräftiges amtsgerichtliches Urteil zur Zahlung weiterer 24 Mk. verurteilt. Mit der Mehrforderung wurde der Arzt abgewiesen. Der Patient denunzierte darauf den Arzt bei dem ärztlichen Ehrengericht mit der Motivierung, der Arzt habe dadurch, daß er seine Rechnung nachträglich erhöhte, sich gegen die ärztlichen Standespflichten vergangen. Das Ehrengericht konnte sich jedoch nicht davon überzeugen, daß der Arzt gegen seine Berufspflichten gefehlt habe und sprach denselben frei, eine Entscheidung, die auch vom ärztlichen Ehrengerichtshof bestätigt wurde. Letzterer erklärte, daß ein Arzt, der eine dem Patienten bereits übersandte Liquidation, deren Richtigkeit von diesem in Zweifel gezogen wird, einer Nachprüfung unterzieht und nachträglich auf Grund genauer Überlegung und unter Zugrundelegung der Gebührenordnung Mehrforderungen erhebt, zu welchen er sich berechtigt glaubt, sich keines Verstoßes gegen die ärztliche Standesehre schuldig mache.

Vom Hafen. Der dänische Dampfer „Löberg", mit Papierholz von Torneä kommend, geriet Sonntag mittag bei der Asmusschen Ölmühle auf Grund und zwar infolge Versagens des Steuers. Mit Hilfe dreier Schlepper gelang es, das Schiff wieder flott zu bringen. Gegen 6 Uhr traf dasselbe im hiesigen Hafen ein.

Im Prozeß Leibholz ist die Voruntersuchung abgeschlossen, sodaß jedenfalls Ende Oktober die Verhandlung vor dem Schwurgericht stattfindet. In Haft befindet sich nur noch Leo Leibholz, dessen wiederholte Gesuche um Haftentlassung gegen Stellung einer Kaution abgelehnt wurden. Arthur Leibholz ist bereits am 24. Juli gegen Kautionsleistung aus der Haft entlassen worden.

Den Offenbarungseid leisteten im Monat Juli 13 Personen, darunter 3 Frauen.

Handelsregister. Am 15. August 1908 ist bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Schiffswerft von Henry Koch in Lübeck eingetragen: Dem Kaufmann C. R. A. Vetter zu Lübeck ist Gesamtprokura erteilt derart, daß er entweder mit dem Prokuristen F. J. Koch oder mit dem Prokuristen E. G. L. Stolz zur Vertretung der Firma befugt ist.

Wegen Straßenbauarbeiten ist der Steinraderweg von der Ziegel- bis zur Trappenstraße von morgen ab auf etwa 3 Wochen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Der Brand auf dem Kohlenlagerplatz von Diestel dauert noch immer fort. Er hat jetzt größere Dimensionen angenommen und die Rauchentwicklung ist eine stärkere. Es handelt sich um Schmiedekohlen. Hoffentlich gelingt es recht bald, das Feuer zu löschen.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 17. August, morg. 5 Uhr: Wasser 15½, Luft 11; 10 Uhr: Wasser 16, Luft 17; mittags 12 Uhr: Wasser 17, Luft 20; abends 6 Uhr: Wasser 15, Luft 18 Grad Celsius.

Als „Bande" bezeichnete gestern morgen in der Konservenfabrik von Charlotte Erasmi (Johannisstraße) der etwa 21 Jahre alte Sohn des Inhabers, Herr Robert Erasmi, mehrere dort beschäftigte Arbeiter. Nach den uns gewordenen Mitteilungen hatten die Arbeiter dem jungen Mann auch nicht die geringste Veranlassung hierzu gegeben. Die einzigst richtige Antwort auf diese Beschimpfung ist, daß sich die Arbeiter der genannten Firma mehr als bisher den freien Gewerkschaften anschließen und sich endlich einmal klar werden darüber, daß auch sie Menschen sind und als solche Anspruch auf eine menschenwürdige Behandlung erheben können.

Öffentlicher Schlachthof. Es wurden geschlachtet: Im Monat Juli 1908: Ochsen 17, Bullen 147, Kühe und Starken 774, fette Kälber 617, nüchterne Kälber 412, Lämmer 4, Ziegen 17, Schweine 2601, Schafe 681, Pferde 34, zusammen 5304 Tiere. Beanstandungen: 1. Untauglich der ganze Tierkörper; gänzlich vernichtet: 3 Kühe wegen Tuberkulose mit hochgradiger Abmagerung. 1 Kuh wegen Lungenentzündung mit hochgradiger Abmagerung, 1 Kuh wegen wässeriger Beschaffenheit des Fleisches, 4 Schweine wegen Bauchfellentzündung, 8 Schweine wegen Schweinepest (Schweineseuche). 2. Dem Tiergarten zur Fütterung überwiesen: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 1 Schaf wegen allgemeiner Wassersucht. 3. Im Dampfdesinfektor gekocht: 1 Schwein wegen Tuberkulose mit ausgedehnten Erweichungsherden, 5/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 27/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 4. Auf der Freibank verkauft: 1 Jungrind wegen Bauch- und Brustfellentzündung, 1 Schwein wegen Miescher'sche Schläuche, 3 Kälber wegen mangelhafter Entwickelung. 1 Kalb wegen Abmagerung. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 1537¾ einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 767 Kg. Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthofe untersucht. Hiervon wurden 2 Kg. Schweinefleisch wegen Fäulnis beanstandet.

Der Rettich ist wieder da! Der gute Freund unseres Magens. Ja, das ist er. Man sollte ihn „auffressen vor Liebe." Leider findet er aber nur selten die Liebe, die ihm gebührt. In Süddeutschland weiß man den Radi besser zu schätzen. Dort ist er an jedem Biertisch zu finden; aber auch auf jeder Abendtafel in der Familie. Besser ist es freilich, ihn außerhalb der Mahlzeiten zu verzehren. Dann hält er Kehraus im Magen, aber auf seine Weise; unaufdringlich, still und mit Bedacht. Er erneut das Blut, schafft dadurch ein wohliges Gefühl und ein heiteres Gemüt! Ergo man esse recht oft einen Rettich! Früher wurde der Rettich weit mehr geschätzt als jetzt. Man machte sogar Rettichkuren, die durchaus nicht übel sind. Der genügsame Spanier speist sehr oft überhaupt nichts anderes als Rettich und Brot. Und die alten Römer? Sie ließen sich Rettich aus Germanien schicken, die hier wild wuchsen, groß wie Kindsköpfe. Es war ihr erster Importartikel aus dem deutschen Barbarenland?

Im Hansatheater wird ab 1. September das Kölnische Volkstheater Job-Claßen gastieren. Dasselbe hat allenthalben, wo es auftrat, großen Anklang gefunden.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Das am Sonntag so äußerst günstig aufgenommene Lustspiel „Frauenkampf" von Scribe, dessen geistreicher und witziger Dialog, gepaart mit einer vornehmen Situationskomik, den Besuchern ein paar amüsante Stunden bereitete, wird am Mittwoch, in derselben Besetzung, wiederholt. Zum Schluß wird Otto Erich Hartlebens „Lore, oder die Geschichte von dem abgerissenen Knopf" nochmals gegeben. Für Donnerstag wird das Moser-Schönthansche Soldaten-Lustspiel „Krieg im Frieden" mit Herrn Widmann als „Reif-Reiflingen" neu einstudiert.

Oldenburger Landtagswähler!

Seht die Wählerlisten ein!

Wer nicht in der Liste steht, ist nicht wahlberechtigt.

Hamburg. Die sozialdemokratische Landesorganisation. Soeben hat der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei in Hamburg seinen Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1907/1908 herausgegeben in Form einer Broschüre von 85 Seiten. Wie in der Einleitung betont wird, war das abgelaufene Geschäftsjahr ein stilles, aber von fruchtbarer Arbeit erfüllt. Um seinerseits an der Vertiefung des sozialistischen Gedankens mitzuarbeiten, hat der Landesvorstand begonnen, eine Serie bester Schriften über den Sozialismus herauszugeben; den Anfang machte das „Kommunistische Manifest", dem das „Erfurter Programm" folgte; weitere Hefte sind in Vorbereitung. Der Plan ist, mit der Zeit eine sozialdemokratische Bibliothek zu schaffen, die das Beste unserer für die Allgemeinheit bestimmten Parteiliteratur bieten soll, und zwar bei vorzüglicher technischer Ausstattung zu einem äußerst mäßigen Preis (10 Pfg. pro Heft). Der Agitation nach außen dienten außer zahlreichen Versammlungen besonders Flugblätter, die in einer Gesamtauflage von 929 000 verbreitet worden sind. Angesichts des bevorstehenden Parteitages, der sich ja mit dieser Frage zu befassen haben wird, erscheint das Kapitel über die Jugendorganisation besonders bemerkenswert. Bekanntlich ist in Hamburg eine besondere Form der Jugendorganisation eingeführt worden, die sich die Erziehung der jungen Leute bis zum achtzehnten Lebensjahr zum Ziel setzt, nach welchem Termin sie sich der Partei und den Gewerkschaften anschließen sollen. Grundsatz ist möglichste Selbständigkeit der Jugendorganisation in der Verwaltung 2c., aber auch Festhalten einer oberen Altersgrenze, damit lediglich eine Jugendorganisation, nicht aber eine Parteiorganisation in der Parteiorganisation bestehe. Die Maifeier, die in diesem Jahre einen anderen äußeren Verlauf nahm als früher, wird ausführlich behandelt. Über die Verhandlungen mit den lokalorganisierten Gewerkschaften wird Bericht erstattet unter Anführung von Dokumenten. — Die Einnahmen betrugen im verflossenen Geschäftsjahr **203 856,50** Mk., wovon der größte Teil, 140 674,80 Mk., aus den Beiträgen der Mitglieder geflossen ist. Nach dem Organisationsstatut der Gesamtpartei wären hiervon 20 Proz., also 28 134,96 Mk., an den Parteivorstand in Berlin abzuliefern gewesen. Abgesandt wurden aber 125 000 Mark, so daß Hamburg mehr als das Achtfache seiner pflichtgemäßen Leistung tat. Dabei wurden noch 5466,16 Mark für die preußischen Landtagswahlen abgeführt. Die Mitgliederzahl am Schluß des Geschäftsjahres war **34 951** gegen 32 929 am Schluß des Vorjahrs. Auf die drei Kreise verteilt, ergaben sich folgende Zahlen: Erster Kreis 6000, zweiter Kreis 7078, dritter Kreis 21 873. Bemerkenswert ist, daß infolge des Reichsvereinsgesetzes, das Personen unter 18 Jahren von politischen Vereinen ausschließt, nur 52 Mitglieder in ganz Hamburg ausscheiden mußten. 52 gegen fast 35 000! Diese eine Tatsache beweist wohl, wie unsinnig und bedeutungslos selbst vom Standpunkt der „Staatserhaltenden" aus die in das Vereinsgesetz gebrachte Jugendklausel ist. Alles in allem läßt der Bericht erkennen, daß Hamburg seinen alten Ruhm, die Hochburg der Sozialdemokratie zu sein, bewahrt.

Hadersleben. Staatsgefährliche Schuljungen. Ein Schülerverein aus Jütland hatte die Absicht, eine Fußtour durch Schleswig zu unternehmen. Man wußte aber in Jütland sehr wohl, daß solche Tour nur mit besonderer Erlaubnis der Behörden möglich war, und wandte sich an die preußische Regierung. Diese hat nach einigem Besinnen nicht ein direktes Verbot für angebracht erhalten, wohl des unangenehmen Aufsehens wegen. Eine „Beunruhigung" der preußischen Untergebenen aber mußte vermieden werden. Die Erlaubnis wurde nur unter folgenden Bedingungen erteilt: Das Abzeichen, das die Jungen am linken Arm trugen und das die dänischen Landesfarben zeigt, mußten sie mit einer Armbinde verdecken. Die Fahne, die sie mitführten, durfte nicht entrollt, sondern nur zusammengerollt getragen werden. Und endlich durfte nicht gesungen werden. Diese Angst vor den jütischen Jungen ist großartig. Es geht doch nichts über die preußische Bureaukratie!

Schwarzenbeck. Ein schweres Verbrechen ist auf der Feldmark der Gemeinde Niendorf a. d. St. verübt worden. Man fand die etwa 20jährige Tochter des Landmannes Albrecht als Leiche in einer unweit des Dorfes belegenen Mergelgrube auf. Die gerichtliche Untersuchung ergab, daß an der rechten Schläfe eine bedeutende Wunde vorhanden war, die auf ein Verbrechen hinweist. Außerdem war das Wasser der Mergelgrube so seicht, daß ein Selbstmord ausgeschlossen ist, zumal das Mädchen in fröhlichster Stimmung das Elternhaus verließ. Leider ist es bisher trotz eifriger Nachforschungen nicht gelungen, Licht in diese entsetzliche Tat zu bringen.

Lütau (Herzogtum Lauenburg). Eine gewaltige Feuersbrunst kam hier Sonntag nachmittag 2 Uhr zum Ausbruch, der mehrere Wohnhäuser und Scheunen zum Opfer fielen. Im Knechtezimmer des Landmannes Petersen hatte sich einer der Knechte eine Zigarre angezündet und das Streichholz brennend weggeworfen. Dadurch geriet die Gardine in Brand. Die Löschversuche hatten keinen Erfolg und in ganz kurzer Zeit stand das mit Stroh gedeckte Gebäude in seiner ganzen Ausdehnung in Flammen. Von dem Wohngebäude sprang das Feuer auf die Scheunen über, breitete sich dann über das Wohnhaus des Landmannes Bruhns und dessen Scheune aus und ergriff schließlich auch noch den großen Schweinestall des Landmannes Schütt. Erst dann wurde man des Feuers Herr, doch brannte es noch abends 10 Uhr und verbreitete einen weithin sichtbaren Schein. Außer den Gebäuden sind große Erntevorräte mit verbrannt, während es gelang, das gesamte Vieh bis auf einige Kälber des Landmannes Petersen zu retten. Die große Ausdehnung, die das Feuer nehmen konnte, hat darin mit ihren Grund, daß es zuerst an Löschmannschaften mangelte, weil die größte Mehrzahl der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren aus der ganzen Gegend sich zur Teilnahme am Feuerwehrtage in Sande befand, als das Feuer zum Ausbruch kam. Als die Mannschaften von dort zurückgerufen wurden, hatte das Feuer schon eine gewaltige Ausdehnung gewonnen.

Schwerin. Das Elend der Lehrerangehörigen in Mecklenburg wird wieder einmal durch die traurige Tatsache in Erinnerung gebracht, daß die Stadt Woldegk der Witwe eines verstorbenen Lehrers nicht einen roten Pfennig Pension zahlt. Nachträglich haben die Stadtväter der bedauernswerten Witwe für ihre beiden unversorgten Kinder im Alter von 2 und 4 Jahren eine jährliche Unterstützung von je 75 Mk. auf fünf Jahre bewilligt. Dabei zahlt dieselbe Stadt an viele Familien größere Summen als Armenunterstützung. Zahlreiche Einwohner sind denn auch der Ansicht, daß die Witwe des Lehrers ein Armengeld erhalte. Ja, das Armenhaus würde auch wohl die letzte Zufluchtsstätte der durch Altersschwäche oder Krankheit erwerbsunfähigen Lehrerwitwen Woldegks sein, wenn nicht die Angehörigen und die Lehrerschaft sich dieser Bedauernswerten annähmen.

Bant. Als Kandidaten für die oldenburgischen Landtagswahlen wurden aufgestellt die drei bisherigen Abgeordneten Hug, Adolf Schulz und Heitmann sowie der Genosse Julius Meyer, Sekretär des hiesigen Ortsvereins der Metallarbeiter. Diesmal sind bekanntlich nicht drei, sondern vier Abgeordnete für den Wahlkreis 5a Rüstringen zu wählen.

Oldenburg (Großh.) Schreckliches Familiendrama. Der Landmann Emil Müller und seine Frau in Blexersande wurden von dem ältesten zwölfjährigen Töchterchen morgens tot im Bette aufgefunden. Müller, der noch am Abend vorher mit seinem Schwager wohlgemut und vergnügt in der Willms'schen Wirtschaft gesessen hatte, hatte erst seine Frau und dann sich aus unbekannten Ursachen erschossen. Das Ehepaar hinterläßt vier unmündige Kinder.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtliche in Lübeck.

Herrn **K. Roß** und Frau **Laudi** zu ihrem heutigen Geburtstag ein 999 mal donnerndes Hoch, dat Sankt Veit u. Hohenwichel wackelt.
Nu rat mal.

Gesucht eine **Zweizimmer-Wohnung** im Preise von 200 bis 210 Mk.
Ang. u. **P P 15** an die Exped. d. Bl.

Zum 1. Oktober ev. später
ein Laden gesucht
Ratzeburger Allee oder deren Umgebung.
Offerten unter „Laden" an die Expedition d. Bl. erbeten.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
E. G. m. b. H.

Für unsere Verkaufsstelle in **Butin** suchen wir zum baldigen Antritt eine
Verkäuferin oder Lehrmädchen.
Gefl. Offerten erbitten an unsere Geschäftsstelle in Lübeck, Fleischhauerstraße 30.
Der Vorstand.

Junger Mann, verheiratet, sucht sofort Beschäftigung gleich welcher Art. Kaution vorhanden. Ang. u. **X** an die Exp. dss. Bl.

Ein Haus mit 2—3 kl. Wohnungen zu kaufen gesucht.
Offerten unt. **W H 31** a. d. Exped. d. Bl.

Wegen Platzmangel ein gut erhaltenes **Tafel-Klavier** zu verkaufen. Preis 40 Mk.
Pelzerstraße 30, I.

Phonograph mit Walzen billig zu verkaufen. Zu besehen abends nach 7 Uhr.
Näheres Lützowstraße 30, Et., l.

Guter bürgerl. Mittagstisch
Beckergrube 81.

Empfehle für Händler u. Wiederverkäufer
Eß- u. Kochäpfel, Eß- u. Kochbirnen,
täglich, billig, in kleinen und großen Partien
Kein Laden. **Wickedestraße 33.**

Abreisenden
aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgesch. **Fischergr. 52**

Fahrrad-Reparatur-Werkstätte.
Alle Fabrikate werden fachgemäß und billig ausgeführt unter prompter Bedienung.
Emaillieren, Vernickeln billig und gut.
Carl Heynert, Lübeck
Moislinger Allee 6a. Fernspr. 1272.

Brennmaterialien
für den Winterbedarf zu den billigsten Sommerpreisen
Ia. westf. Hartkoks Hektl. **1.40** Mk.
Ia. westf. Hartkoks „ **1.55** „
Wilh. Süfke,
Warendorpstr. 25. Fernsprecher 1746.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24

Joh. BOY, Königstr. 61,
Telephon 115. Markthallenstand 46.
Mittwoch frisch eintreffend: Fischkarbonade Pfd. 40 Pf., Schellfische Pfd. 30 Pf., Rotzungen Pfd. 60 Pf., Schollen Pfd. 40 Pf., Seelachs und Kabliau Pfd. 20 Pf., dänische Goldbutt billigst.

Führer
durch die
Strafprozessordnung.
Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei.
Von **Dr. Hugo Heinemann.**
Preis 40 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“)-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Für den modernen Arbeiter bietet das Studium der lübschen Geschichte eine Fülle interessantes, in der gewerkschaftlichen Agitation mit Erfolg zu verwendendes Material. Sowohl die Entwickelung des Handwerks im allgemeinen, als auch die staatsbürgerliche Stellung der Handwerker in Lübeck selbst, sowie ihr Ausschluss von der Staatsgewalt bis auf den heutigen Tag und die hieraus entstandenen bürgerlichen Unruhen, der Verfall der früher so mächtigen und im Mittelalter auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens so einflussreichen Zünfte, die weitverzweigten Gesellenverbände usw. bieten zur Genüge Stoff zur Unterhaltung und Belehrung für jeden einzelnen dar.

„Wie lange noch und Lübeck ist Großstadt geworden. Mit dem dann sich entwickelnden großstädtischen Leben, Hasten und Treiben wird die Kenntnis der vaterstädtischen Geschichte bald dem Gedächtniss der Zeitgenossen entschwunden sein. Die kommende Generation wird wenig oder gar nichts mehr von der wirklich großartigen Entwickelung unseres städtischen Gemeinwesens wissen, und doch ist die Kenntnis der lübischen Geschichte gerade für diese am allernotwendigsten“ schrieb der Verfasser im Vorwort zu seinem Werke

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“.

Diesem Gedanken Rechnung tragend, erklärt sich der Verlag bereit, den Ladenpreis für das in Leinwand gebundene Exemplar von Mk. 5.00 auf **Mk. 3.00** oder broschiert v. Mk. 4.00 auf **Mk. 2.00** herabzusetzen. Bestellungen werden jederzeit von unseren Kolporteuren, Zeitungsausträgern und in der Expedition des „Lübecker Volksbote“, Johannisstrasse 46, entgegengenommen und prompt ausgeführt.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

Achtung!

Zentralvb. d. Maurer

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, 19. August,

abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-5

Tages-Ordnung:

1. Bekanntgabe der Ergebnisse der statis schen Erhebungen.
2. Die Sperre über Görner u. Heidenrei
3. Innere Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

NB. Die Karten zum Gewerkschaftsfe müssen in der Versammlung abgeliefe werden.

Universum

Heute und folgende Tage auf Wunsch:

Der Wärmesack.

L. Puls.

Hansa-Theater

Heute Dienstag (3. Tag) ringen:

Jean Duriz Luxemburg	gegen	**Dierick Ponce** Frankreich
Bouchioni Italien	„	**Frank Jackson** Amerika
Karoly Ungarn	„	**Albert Harrs** Hamburg

außerdem der

Entscheidungskampf

zwischen

Carlos und **Carl Grunewald**

Portugal Rheinland

Billetvorverkauf bei Sager.

Stadthallentheater.

Mittwoch: 76. Abonnements-Vorstellung.

Frauenkampf.

Lustspiel in 3 Akten nach Scribe.

Lore. Von Otto Erich Hartleben

Anfang 8 Uhr.

Donnerstag: **Krieg im Frieden.**

Empfehle aus eigener Schlachtung einen größeren Posten

Flohmen

vorzüglicher Qualität, extra dick und fernig,

das Pfund nur 70 Pfennige.

Verkauf in meinen sämtlichen Detailgeschäften.

Thür. Wurst- u. Fleischkons.-Fabr. Aug. Scheere.

Der technische **Fachschulunterricht** ist bis ins kleinste nachgeahmt in den techn. **Selbstunterrichtswerken:**

Maschinenbauschule, Hoch- u. Tiefbauschule, Bergschule, Elektrotechnische Schule, Schlosserschule, Tischlerschule, Installateurschule, Stukkateurschule, Steinmetzschule, Polierschule, Eisenbahnwerkmeisterschule, Giessereitechnikerschule. Glänz. Erfolge. Prospekte und Anerkennungsschreiben gratis und franko. Ansichtssendungen bereitwilligst. Kleine Teilzahlungen.

Bonness & Hachfeld, Verlag, Potsdam.

Schmiedestr. 20. **Tonhalle** Schmiedestr. 20.

Programm für diese Woche:

Wettschwimmen in Paris 1908 (neueste Aufnahme). — **Fritz mit dem Haarbüschel** (großartigstes Märchen, koloriert). — — **Tanzvergnügen bei den Nachbarn** (komisch). — — **Landratssohn auf dem Bummel.** — — — — — **Angenehme Ueberraschung** (komisch). — — — — **Der Denunziant** (Drama). — **Das Zaubertuch.** — **Die Grotesken.** — **Ein Geliebter auf einen Tag.** — **Schlecht beratene Einbrecher.** —

Die Direktion.

Beerdigungs-Institut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen.

Einkleidungen jeder Art. * * * * * * * * Billigste Preise

Achtung Hafenarbeiter!

Versammlung

sämtl. am Hafen beschäftigten Arbeiter

am Mittwoch, den 19. August,

abends 8½ Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. **Zweck und Nutzen der Tarifvereinbarung.**
   Referent: Genosse J. Stelling.
2. Diskussion.

Genossen! Erscheinen müßt Ihr Alle!

Der Vorstand.

Vereinshaus

Großes

Garten-Konzert mit Illumination

am Mittwoch, den 19. August.

Anfang abends 8 Uhr. Entree 10 Pfg. Ende 12 Uhr.

Es ladet ergebenst ein F. Leeke.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 192. Dienstag, den 18. August 1908. 15. Jahrg.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg 1908.

Allgemeines.

Die Verhandlungen des Essener Parteitages lieferten den Beweis, daß die „niedergerittene" Sozialdemokratie auf dem Weg zu ihrem Ziele in ungebrochener Kraft weiterschreitet. Wenn das Jahr vor dem Essener Parteitag von uns als Kampfjahr von ungewöhnlicher Schärfe bezeichnet werden konnte, so verdient das abgelaufene Berichtsjahr diesen Ehrentitel nicht minder. Hinter uns liegt ein Jahr der Wahlrechtskämpfe, wie sie schärfer in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bis jetzt noch nicht verzeichnet werden konnten. Besonders die Wahlrechtskämpfe in Preußen nahmen das Interesse von ganz Deutschland in Anspruch; denn Preußen ist der Hort der Reaktion im ganzen Reiche. Ein Kampf um die Erweiterung der Rechte des deutschen Volkes ist in erster Linie ein Kampf gegen die preußische Reaktion. Die Industriefeudalen und Agrarier Preußens wollen in alle Ewigkeit an dem schmachvollen Dreiklassenwahlsystem festhalten, weil es ihnen ein bequemes Mittel ist zur uneingeschränkten Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft. Aus Dreiklassenwahlen kann kein Parlament hervorgehen, das den Namen Volksvertretung verdient. Das preußische Volk ist längst reif für eine moderne Verfassung und heischt unter der Führung der Sozialdemokratie gebieterisch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Staatsangehörigen beider Geschlechter. Die Sozialdemokratie ging im Winter 1907/08 im preußischen Wahlrechtskampfe zu einer kräftigen Offensive über. Auch die preußische Regierung, die sonst beliebt, den „starken Mann" zu mimen, kann angesichts der gespannten internationalen Lage die Forderungen des preußischen Volkes nicht länger ignorieren. Die preußische Wahlrechtsbewegung fand in dem Junisieg bei den preußischen Landtagswahlen einen vorläufigen Abschluß. Aus den Folgen des Wahlsieges wird die preußische Wahlrechtsbewegung neue Kraft ziehen, wird die Wucht ihres Angriffs sich bis zur Unwiderstehlichkeit steigern. Die Wellen der preußischen Wahlrechtsbewegung schlugen über die preußischen Grenzen hinaus und kräftigten die Wahlrechtsbewegung in Mecklenburg, Braunschweig, Thüringen usw. Wir haben den Wahlrechtskämpfen, die den größten Teil des Jahres in den meisten Bundesstaaten die volle Tätigkeit der Genossen in Anspruch nahmen, ein besonderes Kapitel gewidmet.

In den Wahlrechtskämpfen haben die Gewerkschaften die Partei nach Kräften unterstützt. Die meisten Gewerkschaftsblätter haben ihre Leser auf die Bedeutung des Wahlrechts in den Einzelstaaten und auf die Wichtigkeit der Landtagswahlen aufmerksam gemacht durch eine Artikelserie, die im Auftrag des Parteivorstandes der Gewerkschaftspresse zugestellt wurde. Einige Gewerkschaftsblätter haben durch eigene Artikel die Berufskollegen darüber aufgeklärt, wie wichtig es gerade für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist, Einfluß zu gewinnen auf die Gesetzgebung und Verwaltung der Einzelstaaten, die in vielen Berufsfragen tiefeinschneidende Entscheidungen treffen können. Die Agitation gegen den Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes wurde von Partei und Gewerkschaften gemeinsam geführt. In der Bekämpfung des reaktionären Entwurfs der Regierung, der als Frucht der „liberalen" Blockära zum Ausnahmegesetz wider die fremdsprachlichen und jugendlichen Arbeiter wurde, war vom Tage seines Erscheinens ab nicht die geringste Meinungsverschiedenheit zwischen der Parteileitung und der Generalkommission der Gewerkschaften.

Der 6. deutsche Gewerkschaftskongreß, der vom 22. bis zum 27. Juni in Hamburg tagte, zeigte, daß die Gewerkschaften den festen Willen haben, gemeinsam mit der sozialdemokratischen Partei an der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei zu arbeiten. Die Gegensätze, die in und nach Köln zu theoretischen Auseinandersetzungen führten, machten sich auf der Hamburger Tagung nicht bemerkbar. Am Schlusse des Kongresses konnte Genosse Bömelburg unter der Zustimmung der Delegierten feststellen: „Wir können mit Recht sagen, daß es heute zwischen den beiden großen Teilen der Arbeiterbewegung Differenzen grundsätzlicher Natur überhaupt nicht mehr gibt." Die Gewerkschaftskongresse finden nur alle drei Jahre statt. Die Reihen der Gewerkschaften haben sich seit dem vorletzten Kongreß ganz außerordentlich verstärkt. In Köln konnte über 1 116 723, in Hamburg über 1 873 146 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen Heerschau gehalten werden. Vor einem Jahrzehnt hätte niemand für möglich gehalten, daß die deutschen Gewerkschaften an Zahl und Stärke die englischen Trade Unions sobald einholen würden. Nachdem die Reichsregierung es abgelehnt hatte, den Heimarbeiterschutzkongreß zu beschicken, verzichteten die Gewerkschaften auf eine Einladung der Regierung zum Hamburger Kongreß. Die Regierung kann die tatsächliche Macht, die die vereinigten deutschen Gewerkschaften repräsentieren, nicht ignorieren. Der Verlauf der Hamburger Tagung bewies, daß die Gewerkschaften die Zeichen der Zeit erkennen. Sie rasten nicht, sondern sie rüsten sich für die kommenden Kämpfe, die der Scharfmacherwille der „Herren im Hause" vorbereitet. Die Unternehmerverbände stehen heute größer und geschlossener da denn je. Sie üben mehr denn je auf die Regierungen einen für die breiten Volksmassen unheilvollen Einfluß aus. Zur Bekämpfung dieser volksfeindlichen Einflüsse ist die Einigkeit des klassenbewußten Proletariats dringend erforderlich. Im Laufe des Jahres gelang es in langwierigen Verhandlungen, einen großen Teil der früher Lokalorganisierten unter Vereinbarung bestimmter Übertrittsbedingungen zum Eintritt in die Zentralverbände der Gewerkschaften zu bewegen. So waren langjährige Bemühungen um die Einigung der gewerkschaftlichen Arbeiter erfreulicherweise endlich von Erfolg gekrönt.

Am 15. Mai d. J. trat das Reichsvereinsgesetz in Kraft. Nach 37jährigem Bestehen der Reichsverfassung wurde endlich dieses der reichsgesetzlichen Regelung vorbehaltene Gebiet auch wirklich durch Reichsgesetz geregelt. Die Vereinheitlichung des Vereins- und Versammlungsrechts geschah in der Weise, daß in der Hauptsache das reaktionäre preußische Vereinsrecht auf das gesamte Reich übertragen wurde, soweit nicht einzelne Bestimmungen deshalb wegfielen, weil sie infolge der Entwickelung der Verhältnisse ihre praktische Bedeutung verloren hatten. Im übrigen hat die kurze Zeit seit Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes bewiesen, daß vielfach in Stadt und Land die Verwaltungsorgane bestrebt sind, möglichst alles beim alten zu lassen, selbst dort, wo der klare Wortlaut des Gesetzes es anders bestimmt. So hat z. B. der Breslauer Polizeipräsident eine Versammlung des Breslauer sozialdemokratischen Vereins auflösen lassen, weil der Vorsitzende sich die ungesetzliche polizeiliche Überwachung der Versammlung eines geschlossenen Vereins verbat. In der Begründung heißt es, daß die Mitgliederversammlung des Vereins nicht als Mitgliederversammlung zu betrachten ist, weil der Verein in Breslau 6000 Mitglieder hat und es leicht sei, die Mitgliedschaft des Vereins zu erwerben. Gegen diese Verfügung ist der Rechtsweg beschritten. Wenn sich das in der zweitgrößten Stadt Preußens unter dem neuen „freiheitlichen" Vereinsgesetz ereignet, kann man sich vorstellen, was hie und da auf dem platten Lande geschieht. Es wird Aufgabe unserer Parteigenossen sein, die Ausführung des Vereinsgesetzes allenthalben zu überwachen. Über alle das Vereins- und Versammlungsrecht betreffenden Übergriffe und Ungesetzlichkeiten muß Bericht erstattet werden, damit die Fraktion in der Lage ist, im Reichstag die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes zu kritisieren. Es muß dem Staatssekretär des Innern klar gemacht werden, welcher Beachtung sich seine Erklärungen in der Reichstagskommission vielfach bei den unteren Verwaltungsbehörden erfreuen.

Das Reichsvereinsgesetz ist eine Frucht der Blockpolitik. Der Block hat bisher zusammengehalten. Um die Blockpolitik nicht zu gefährden, hat der Freisinn sogar einer den Agrariern genehmen Börsenreform zugestimmt. Der Freisinn wird im kommenden Winter sicherlich auch einer nach dem Willen der Agrarier gestalteten, hauptsächlich auf Vermehrung der massenbelastenden indirekten Steuern beruhenden Finanzreform zustimmen. Nachdem Bülow am 4. Dezember v. J. hinter den Reichstagskulissen die Vertrauensfrage stellte und die Blockführer darauf einschwenkten wie die Unteroffiziere, ist anzunehmen, daß der Freisinn alles schluckt, was die Junker- und Bourgeoisregierung von ihm verlangt, um nur den Irrwahn aufrecht zu erhalten, als ob der Linksliberalismus einen Zipfel der Macht in Händen hielte. Das Verhalten der Blockparteien bei der Beratung der Reichsfinanzreform und der Gewerbeordnungsnovelle muß der Sozialdemokratie im kommenden Winter reichen Agitationsstoff liefern.

Die deutsche Arbeiterschaft hat schwer zu leiden unter der fast alle Gewerbszweige umfassenden Krise, die seit 1907 das Wirtschaftsleben lähmt. Durch reichliche Überstundenarbeit hatten in vielen Berufen die Arbeiter in den Jahren der Hochkonjunktur einen höheren Lohn erzielt. Wer in diesen Jahren irre wurde an den Lehren des Sozialismus und zurückkehrte zum großväterlichen Glauben an die Vorzüglichkeit der Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, dem zerstörte die schwere Krise grausam die Illusionen. Die Folgeerscheinungen der heutigen anarchischen Produktionsweise rütteln die Gleichgültigen jetzt unsanft wach. Die schlechte wirtschaftliche Lage stärkte allenthalben den revolutionären Geist des kämpfenden Proletariats.

Die bürgerlichen Parteien setzten in der Krisezeit ihre Bemühungen zur Korrumpierung der Arbeiterschaft fort, indem sie sogenannte nationale Arbeitervereine zu gründen versuchten. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie lieh den bürgerlichen Parteien seine Hilfe bei diesen Gründungen. Die Erfahrungen der Krisezeit werden den ihren Klassengenossen entfremdeten Arbeitern die Augen öffnen. Die Unternehmer der großen Industrie fuhren in der Züchtung gelber Gewerkschaften fort. Hie und da gelang auch die Gründung von solchen Streikbrechervereinen, deren Wohltätigkeitskassen die Unternehmer sich etwas kosten lassen. Alle diese Bemühungen, Zwietracht in die Reihen der Arbeiterschaft zu säen, hatten jedoch nicht den Erfolg, die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu schwächen. Wie auch in der Krisezeit die Macht der organisierten Arbeiterschaft von dem koalierten Unternehmertum anerkannt werden muß, das zeigten treffend die Tarifverhandlungen, die dieses Frühjahr für das Baugewerbe, die Holzindustrie, die Malerei, die Steinsetzerei, die Portefeuillebranche, die Schneiderei usw. stattfanden.

In einigen Orten, in denen die Krise besonders stark wütete und eine wochen- und monatelange Arbeitslosigkeit für zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen mit sich brachte, erfuhr die gewerkschaftliche Organisation einen kleinen Rückgang. Aus den gleichen Gründen ist insgesamt keine so starke Weiterentwickelung der politischen Organisation zu verzeichnen, wie wir sie im vorigen Jahre berichten konnten. Erfreulich bleibt immerhin die Tatsache, daß die Kraft der Arbeiterbataillone durch die verheerenden Wirkungen der Krise nicht nur nicht gebrochen werden konnte, sondern daß die Präsenzstärke der proletarischen Armee in so ungünstiger Zeit sogar wesentlich erhöht werden konnte. Eine Partei, die eine solche Widerstandskraft bewiesen hat, kann in Gewißheit des endgültigen Sieges allen Feinden zum Trutz getrost in die Zukunft sehen.

* * *

Vom Parteitag überwiesene Anträge.

Der Essener Parteitag überwies die Anträge 62 und 67, die die Landarbeiterfrage betreffen, dem Parteivorstand zur Erwägung. Der erste Antrag wünschte eine Enquete über die Landarbeiterverhältnisse und die Ausarbeitung eines Landarbeiterschutzprogrammes. Es wurden in ihm vor der Abstimmung die Worte „vor den nächsten Parteitag" gestrichen, weil die Schwierigkeiten einer solchen Enquete eine schnelle Erledigung unmöglich machen. Der zweite Antrag wünschte, daß die Landarbeiterfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werden sollte. Wir haben über die Landarbeiterfrage mit der Generalkommission der Gewerkschaften verhandelt. Auf dem Gewerkschaftskongreß hat Genosse Legien bereits erklärt, daß eine besondere Land- und Waldarbeiterorganisation geschaffen werden soll. Bisher war für die Landarbeiter der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverband zuständig, der naturgemäß neben seiner großen Aufgabe, die Fabrikarbeiter zu organisieren, nicht

---

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaecker.

(26. Fortsetzung.)

„Gut!" sagte der alte Herr; „wenn ich Ihnen nun mit irgend einer Summe, die Sie bestimmen mögen, für die richtige Ankunft des Gefangenen an dem Orte seiner vorläufigen Bestimmung, Sidney oder Melbourne, hafte? wenn ich Bürgschaft für ihn leiste, daß er sich dorthin begibt, und mir sein Ehrenwort dafür genügt?"

„Mein guter Vater!" sagte Sarah, die bei den letzten Worten des alten Herrn zu ihm getreten war und jetzt ihren Kopf dankend an seine Schulter schmiegte.

Walker biß sich die Lippen und schien selber von dem Antrage überrascht, während Bale innig vergnügt mit dem Kopf nickte und sich die Hände rieb. Und wenn's ein Buschrähndscher war, er hatte das Pferd nicht gestohlen, und sich hier auf eine Weise betragen, die ihm die Herzen dieser rauhen Söhne des Busches gewonnen. Er selber behauptete dabei, daß er unschuldig sei, und wenn er sich den Gerichten stellte, wie konnten sie mehr verlangen? Da begab sich der Gefangene selber freiwillig des ihm wenigstens in Aussicht gestellten Vorteils.

„Dank, tausend Dank, edler Mann," rief er, und ehe Walker ein Wort darauf erwidern konnte, bei dem Antrag aus, „aber ich selber würde es nicht annehmen können und wollen."

„Sie selber nicht?" rief Mr. Powell erstaunt.

„Weil ich dem guten Willen des — Beamten nichts verdanken will," fuhr Mac Donald mit fest zusammengebissenen Zähnen finster fort. „Er mag sein Schlimmstes tun, den auf meinen Kopf gesetzten Preis auch zu verdienen."

„Sie hören, Mr. Powell, wie die Sachen stehen," sagte der Leutnant achselzuckend, „unter diesen Verhältnissen werden Sie es begreiflich finden, wenn ich den Herrn nicht außer Augen lasse."

„Wie hoch ist das Kopfgeld?" fragte jetzt Bale, indem er den jungen Offizier von der Seite anschaute. Walker errötete tief. Der Blick, den er dem Aufseher zuschleuderte, den dieser aber so kalt wie trotzig erwiderte, verriet zugleich deutlich genug, daß er der Frage zu anderer Zeit wohl weiter nachgeforscht hätte. Seine Pflicht band ihn aber an den einen Punkt, und mit ernster Simme sagte er:

„Gott ist mein Zeuge, daß ich das Kopfgeld mit Freuden aus eigenen Mitteln zahlen würde, wenn ich Ihnen allen den schmerzlichen Abend hätte ersparen können."

„Und mich mußten Sie dazu benutzen, Ihre Pläne auszuführen," rief Lisbeth mit Thränen im Auge und zorngeröteten Wangen, „werd' ich den Gedanken denn je wieder los werden in meinem ganzen Leben?"

„Gebt Frieden," sagte aber jetzt Mr. Powell, indem er seines Kindes Arm ergriff. Mr. Walker hat nicht mehr als seine Schuldigkeit getan. Ob diese vielleicht noch auf andere Art und Weise auszuführen gewesen, ist eine Frage, die er sich selber beantworten, mit sich selber ausmachen mag. Wie die Sachen jetzt stehen, und da sich Mac Donald weigert, meine Bürgschaft anzunehmen, bleibt ihm nichts übrig, als das Begonnene durchzuführen."

„Sie gestatten mir vielleicht für die Nacht, verehrter Herr, eins Ihrer Außenhäuser," bat da Walker, „ich möchte Ihr Haus nicht zum Gefängnis machen. Mit der morgigen Dämmerung hoffe ich aufbrechen zu können."

„Nach dem, was jetzt geschehen ist," sagte der alte Herr ruhig, „mögen Sie es auch zum Gefängnis machen. Ihr eigenes Zimmer oder das Ihres Gefangenen, welches Ihnen das sicherste dünkt, steht Ihnen zur Verfügung."

„Und gestatten Sie mir einen schwarzen Diener —"

„Bitte, fragen Sie mich nicht weiter darüber," bat Mr. Powell, rasch abbrechend, „handeln Sie, wie Sie glauben, daß Sie handeln müssen. Ihrer Majestät Diener haben volles Recht, unter meinem Dache das zu tun, was das Gesetz von Ihnen verlangt. Ich nehme hiermit Abschied von Ihnen, Mr. Walker, da Sie morgen wahrscheinlich früher mit Ihrem Gefangenen aufbrechen werden, als ich mein Bett verlasse.

Der junge Mann fühlte das Bittere, das in den Worten lag, und verbeugte sich kalt.

„Und Sie, Mac Donald, wandte sich der alte Herr an den Gefesselten, ohne ihm jedoch die Hand zu reichen, „leben Sie wohl, und gebe Gott, daß Sie sich von dem auf Ihnen lastenden Verdachte reinigen können — sonst — verzeihe Ihnen Gott das Leid, welches Sie über mein Haus gebracht."

Mac Donald richtete sich rasch und heftig auf, aber die Eisen hinderten seine Bewegung. Er wollte reden, aber sein Blick fiel auf Sarah, die ihr Antlitz an des Vaters Schulter barg. Tief aufseufzend wandte er sich ab, schaute auf Walker, der seinen Blick verstand, und verließ, von diesem rasch gefolgt das Zimmer.

XIII.

Toby.

An demselben Morgen, an welchem die schwarze Polizei plötzlich und unerwartet die Station am Murray besuchte, saß Toby, der neue Hüttenwächter, der „trockenen Sumpf-Station", vor seiner Hütte und kaute, in Ermangelung von Tabak, mürrisch an einem Zweige, den er sich in der Nachbarschaft abgebrochen hatte. Der Schäfer war eben mit seiner Herde fortgetrieben, und der Platz der Wachsamkeit des verdrießlichen Gesellen überlassen worden.

„Hm," brummte dieser endlich mit einem derben Fluch als Bekräftigung vor sich hin, da sitz ich nun in dem verwünschten Neste hier und blase Trübsal. Angestellter Hüttenwächter, mit zwanzig Pfund jährlichem Gehalt, jedenfalls gute Interessen für die auf den Kopf gesetzten hundert — ohne ein Krümchen Tabak und mit der Aussicht, in dem verdammt trockenen Leben und Land hier einzuschrumpfen wie ein welker Pilz. Wärs nicht darum zu tun, daß ich die wundgelaufenen Füße erst einmal wieder ausheilen und die müde gehetzten Glieder einmal ruhen lassen wollte, ich würde den Teufel tun und ihnen die Schafe hüten und den wilden Hunden den Spaß verderben. — — Wunderliches Land hier — rein verkehrte Welt, wo sie einen richtigen regulären Buschrähndscher zum Hüttenwächter, den Bock zum Gärtner setzen, und dann nicht einmal etwas zurücklassen, was er stehlen könnte. Gottverfluchtes Land und nichts tausend Meilen dahin und dorthin. Muß doch machen, daß ich wieder an die Küste komme und Zuflucht in einer besseren Gegend finde. Wenn nur der Lump von einem Stockkeeper erst käme, daß ich Tabak kriegte, mit Tabak reis' ich durch die ganze Welt. — — Und Jack London auch hier, Gentleman wieder wie gewöhnlich, auf einem verdammt guten Pferde. John kann natürlich laufen. Na, die Spürhunde der sogenannten Gerechtigkeit werden einen doch wenigstens hier ungeschoren lassen, und mit Gottes oder des

nebenbei die Aufgabe der Organisierung der Landarbeiter lösen konnte. Da in dieser Frage zurzeit Verhandlungen schweben, erschien uns eine Behandlung der Landarbeiterfrage auf dem diesjährigen Parteitag nicht angebracht.

Ein Antrag 68 ersuchte den Parteivorstand, die Genossenschaftsfrage auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitags zu setzen. Die Genossenschaftsfrage wurde bereits auf dem Berliner Parteitag 1892 verhandelt. In Hannover hat die Partei 1899 bei Beratung der parteitaktischen Fragen im 4. Absatz der Resolution Bebel die prinzipielle Stellung der Partei zu den Wirtschaftsgenossenschaften erneut präzisiert. Den Antragstellern war es um eine prinzipielle Erörterung nach der Begründung, die sie ihrem Antrage in Essen gaben, nicht zu tun, sondern sie wollten speziell die Frage der Lohn- und Arbeiterverhältnisse in den Genossenschaften einmal auf einem Parteitag erörtert haben. In dieser Frage verhandeln seit Jahren Gewerkschaften und Genossenschaften. Sowohl der Gewerkschaftskongreß in Hamburg als der Genossenschaftstag in Eisenach haben sich in diesem Jahre bereits mit dieser Angelegenheit befaßt. Der Parteivorstand sah davon ab, diese Frage auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen, weil in diesem Jahre andere Referate wichtiger sind.

Aus dem gleichen Grunde hat der Parteivorstand abgelehnt, den ihm zur Erwägung überwiesenen Antrag: die Agrarfrage 1908 auf dem Parteitag zu verhandeln. Der Reichstag hat bereits mit der Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung begonnen. Da erschien es uns dringend nötig, das Interesse der gesamten Arbeiterklasse auf die sozialpolitischen Fragen zu lenken, die im kommenden Herbst und Winter die Kommission und das Plenum des Reichstags beschäftigen werden. Hierbei kommen die wichtigsten Interessen der organisierten Arbeiterschaft in Frage, deshalb mußte diese Frage vorgehen. Ebenso erschien die Behandlung der Reichsfinanzreform nötig. Der Block soll ja im Herbst Mittel und Wege finden, dem deutschen Volke, d. h. in der Hauptsache den Minderbemittelten, mindestens eine halbe Milliarde neuer Steuern aufzuhalsen. Hiergegen kann das Parlament der Arbeit nicht früh und nicht entschieden genug Stellung nehmen.

Ferner wurde in Essen der Antrag 83 zur „Vermehrung der Wanderbibliotheken mehr Mittel zu bewilligen", dem Parteivorstand überwiesen. Der Parteivorstand stellte die Erledigung dieses Antrags zurück, bis der Bildungsausschuß seine Musterkataloge für Bibliotheken herausgegeben haben wird. Diese Kataloge sind bei Abschluß unseres Jahresberichts unter der Presse. Einstweilen haben wir wiederum einer Reihe kleiner Orte, die sich aus eigenen Mitteln keine Bibliotheken anschaffen konnten, kleine Bibliotheken bewilligt. Zur Fortbildung der Genossen wurden im Berichtsjahre 18 solcher Bibliotheken von uns geliefert.

Der Essener Parteitag sprach sich unter gleichzeitiger Ablehnung eines Einheitsbeitrages für die Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher und einheitlichen Abrechnungs- und Verwaltungsmaterials aus. Die Ausführung des Beschlusses wurde dem Parteivorstand übertragen. Im November v. Js. versandte der Parteivorstand eine Anzahl Muster-Mitgliedsbücher an die Bezirks- und Kreisorganisationen. Diese Mitgliedsbücher sind so eingerichtet, daß ihnen die Statuten der Landesorganisationen, Provinzialorganisationen, Kreisorganisationen usw. eingeheftet werden können. Die Musterexemplare sind in vielen Distrikten bereits in Gebrauch. Wo es noch nicht der Fall ist, soll zuerst der vorhandene Vorrat älterer Mitgliedsbücher aufgebraucht werden. Die einheitlichen Mitgliedsbücher werden sich allmählich überall durchsetzen. Den Mitgliedsbüchern ist das Parteiprogramm und das Organisationsstatut der Gesamtpartei beigedruckt. Nach dem Nürnberger Parteitag wird unter Berücksichtigung der Beschlüsse über die Eingliederung der Frauen in die Gesamtorganisation, über die Vereinheitlichung des Abrechnungs- und Verwaltungsmaterials den Organisationsleitungen Vorlage gemacht werden.

* * *

Einigungsverhandlungen mit den Lokalisten.

Die Verhandlungen des Essener Parteitags haben die Einigungsbestrebungen wesentlich gefördert. Die dort von allen Seiten zum Ausdruck gebrachte Notwendigkeit einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation und der Hinweis auf den Beschluß des Internationalen Kongresses in der Gewerkschaftsfrage haben ihre Wirkung auf die in den Reihen der Lokalisten befindlichen Parteigenossen nicht verfehlt. Außer den Vereinigungen der Zimmerer und Schiffbauer und dem Verbande der Kürschner, die sich schon vor dem Essener Parteitag für Einigungsverhandlungen erklärt hatten, haben sich später noch die Vereinigungen der Maurer, der Bauarbeiter und der Fliesenleger, der Verband der Isolierer und Steinholzleger und der Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband zu Verhandlungen bereit erklärt. Nachdem die in Frage kommenden Zentralorganisationen ebenfalls zugestimmt hatten, fanden zwischen den einzelnen Berufsorganisationen beider Gruppen mündliche Verhandlungen statt, die von Vertretern der Generalkommission und des Parteivorstandes geleitet wurden.

Die Verhandlungen waren meist recht schwierig, teils auch recht langwierig, führten im ganzen aber doch zu erfreulichen Ergebnissen.

Bei den von den lokalistischen Organisationen gestellten Einigungsbedingungen handelte es sich hauptsächlich um: die Anerkennung des Rechts der freien politischen Betätigung, die Aufhebung des Bestätigungsrechts der Zentralvorstände bei den Wahlen der Ortsverwaltungen, die Kompetenzen der einzelnen Organisationsinstanzen bei Entscheidungen über Lohnbewegungen, den obligatorischen oder fakultativen Charakter der Unterstützungseinrichtungen und die Anrechnung der Mitgliedsdauer bei der bisherigen Organisation.

Die Zentralverbände haben unter Aufrechterhaltung ihrer Grundsätze Entgegenkommen gezeigt und waren bestrebt, die Einigung möglichst zu fördern. Ueber die einzelnen Verhandlungen und deren Ergebnis ist in der Gewerkschaftspresse eingehend berichtet worden, so daß wir auf Einzelheiten hier nicht einzugehen brauchen.

Das Gesamtergebnis der Verhandlungen kann wie folgt zusammengefaßt werden.

Die Vereinigung der Maurer ist mit 2112 Mann in den Zentralverband übergetreten. Etwa 100 Mann blieben bei der Freien Vereinigung und haben in Berlin einen neuen Lokalverein gegründet.

Bei der Vereinigung der Zimmerer hatte die Einigung weniger Erfolg. Trotzdem die Konferenz der Vereinigung dem Ergebnis der Einigungsverhandlung zugestimmt hatte, wurde die Einigung von der Minderheit doch heftig bekämpft. An der Spitze der Minderheit befand sich ein Teilnehmer an der Einigungsverhandlung, der sich dort für die Durchführung der Einigungsbedingungen verpflichtet hatte. Übergetreten in den Zentralverband sind 617 Mann. Die größere Hälfte blieb bei der Freien Vereinigung, während ein Teil zurzeit überhaupt nicht organisiert ist.

Von der Vereinigung der Bauarbeiter sind 573 Mann in den Zentralverband übergetreten; etwa ebensoviel blieben bei der Freien Vereinigung.

Die Konferenz der Vereinigung der Fliesenleger hat dem Anschluß an den Zentralverband der Maurer zugestimmt; der Beschluß ist aber nur von einem kleinen Teile der Mitglieder befolgt worden; es sind 57 Mann übergetreten.

Der Verband der Isolierer und Steinholzleger beschloß auf seiner vom 7. bis 9. Juni d. J. abgehaltenen Konferenz einstimmig, bis zum 1. Juli aus der Freien Vereinigung auszutreten. Weiter erklärte sich die Konferenz im Prinzip mit 11 gegen 5 Stimmen für eine Verschmelzung mit dem Zentralverband der Maurer. Eventuell soll der Verband als selbständige Organisation bestehen bleiben und der Generalkommission angeschlossen werden. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Über die Ausführung dieser Beschlüsse kann zurzeit noch nichts Bestimmtes gesagt werden.

Zwischen dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband und dem Deutschen Metallarbeiterverband fanden am 6. Dezember vorigen Jahres mündliche Verhandlungen statt, die damit endeten, daß der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärte, die von dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband aufgestellten Übertrittsbedingungen einer Vorstandssitzung des Deutschen Metallarbeiterverbandes vorzulegen und das Resultat schriftlich an den am 8. Dezember vorigen Jahres in Dresden tagenden Verbandstag des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes gelangen zu lassen. Dem Verbandstag ist denn auch eine sehr eingehende Erklärung vorgelegt worden. Der Verbandstag erklärte jedoch die Verhandlungen als gescheitert und beschloß, „daß in Einigungsverhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband überhaupt nicht mehr eingetreten, sondern daß unentwegt die auf dem 7. Kongreß (Freie Vereinigung) gefaßte Resolution hochgehalten" werden soll. Der Antragsteller hat u. a. ausgeführt, daß er „strikter Gegner einer jeden Einigungsverhandlung" sei und „unter keinen Umständen" zu Verhandlungen neige. Nach dem 8. Kongreß der Freien Vereinigung entstanden wegen der ferneren Zugehörigkeit zu derselben im Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband Differenzen, die dazu führten, daß sich ein Teil des Verbandes unter Führung Wiesenthals von der Freien Vereinigung lossagte. Diese Gruppe erklärte sich im März d. J. zu erneuten Einigungsverhandlungen bereit und unterbreitete uns Vorschläge. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärte jedoch, daß er seine Stellung, die er dem Dresdener Verbandstag des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband gegenüber dargelegt habe, nicht ändern könne; außerdem habe er für die dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband angehörenden Rohrleger in Berlin bereits besondere Übertrittsbedingungen genehmigt.

Die Vereinigung der Schiffs- und Bootsbauer ist mit etwa 450 Mitglieder geschlossen dem Zentralverband der Schiffszimmerer beigetreten.

Ebenso geschlossen ist der Verband der Kürschner Berlins mit zirka 500 Mitglieder in den Zentralverband der Kürschner übergetreten.

Es sind außerdem aus anderen lokalistischen Vereinen vielfach Mitglieder einzeln in die Zentralverbände übergetreten; genaue Feststellungen haben wir darüber nicht gemacht.

Mit dem Industriearbeiterverband in Solingen sind bisher Einigungsverhandlungen noch nicht geführt worden. Wir haben schon auf dem Essener Parteitag betont, daß die Verhältnisse in Solingen wesentlich anders lägen, als bei den der Freien Vereinigung angeschlossenen Organisationen und daher zunächst die mit diesen Gruppen eingeleiteten Verhandlungen zum Abschluß zu bringen seien. Das ist aber erst in den letzten Wochen möglich geworden.

Bei den Verhandlungen mit den zur Freien Vereinigung gehörenden Vereinen ist alles geschehen, was geschehen konnte, um es diesen zu ermöglichen, auf dem Wege der Verhandlung und der Verständigung dem Beschlusse des Essener Parteitages Rechnung zu tragen. Von den Vereinen, die Verhandlungen und Verständigung abgewiesen haben, muß angenommen werden, daß sie nicht gewillt sind, dem Parteitagsbeschluß zu entsprechen, sich vielmehr bewußt in Gegensatz zur Partei stellen. Dafür zeugen auch das Verhalten der Leitung der Freien Vereinigung — deren Vorsitzender Kater übrigens aus der Partei ausgeschieden ist — die Haltung ihres Organs, der „Einigkeit", und die Verhandlungen und Beschlüsse des 8. Kongresses der Freien Vereinigung.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Unternehmer-Vertragsbruch. Beim Abschluß des Kampfes der erzgebirgischen Wirker haben die Unternehmer sich verpflichtet, von den Arbeitern nicht den Austritt aus der Organisation zu fordern. In Thalheim hat jedoch jetzt der Fabrikant C. F. Förster hektographierte Zettel an die Arbeiter mit folgendem Wortlaut verteilt und die Unterschrift gefordert: „Ich erkläre hierdurch meinen Austritt aus dem Deutschen Textilarbeiter-Verband. Thalheim, den 18. August 1908." Förster hat den Arbeitern erklärt, im „Textilarbeiter" würden die Arbeiter zum Rüsten aufgefordert. Die Unternehmer wollten aber Ruhe haben. Wer bis Mittag sich nicht zum Austritt aus dem Verband verpflichtet habe, werde entlassen. Als die Arbeiter eine Fabrikbesprechung abhalten wollten, wurde ihnen geantwortet, das gäbe es nicht. Der Reihe nach mußten die Arbeiter im Kontor antreten, um die Austrittserklärung zu unterschreiben.

Zuchthausgesetz her! Die von einer Anzahl großindustrieller Scharfmacher ausgehaltene „Post" muß ihren Auftraggebern dadurch gerecht werden, daß sie fortgesetzt eine maßlose Hetze gegen die Arbeiterorganisationen betreibt. Beim Stettiner Streik der Nieter haben die beteiligten Gewerkschaften gewiß alles getan, um die Differenzen beizulegen. Trotzdem bringt es die „Post", die erst am Sonnabend bedauert hat, daß nicht nach französischen Mustern sofort Militär in Aktion trat, fertig, gerade diesen Fall zum Anlaß zu nehmen, um von der Regierung eine Beschneidung des Koalitionsrechtes zu verlangen. Die von dem Blatt verlangte Änderung der Gesetze geht dahin, daß Arbeiterausstände nur dann als berechtigt anzusehen seien, wenn sie vorher von einem kompetenten, aus Sachverständigen zusammengesetzten Schiedsgericht ausdrücklich gebilligt werden. Werden sie trotzdem mutwillig inszeniert, so ist gegen ihre Veranstalter nicht bloß zivilrechtlich vorzugehen. Nach dem von der Schweiz gegebenen Beispiel dürfen auch wir nicht mehr zaudern, die hier gebotenen Wege zu betreten. Das Schiedsgericht müßte natürlich eine Unternehmermehrheit haben. Und wer trotzdem streikt, der ist nicht bloß zivilrechtlich haftbar, sondern muß auch mit einer Freiheitsstrafe belegt werden. Ganz der Geist der verflossenen Zuchthausvorlage. Das Recht der Unternehmer, Arbeiter auszusperren, sie auf schwarze Listen zu setzen usw. dürfte von einer solchen Gesetzesveränderung natürlich nicht berührt werden. Die jetzige Zeit der Krisis hat bei der im Solde der Unternehmer stehenden Presse ein unglaubliches Maß von Dreistigkeit ausgelöst. Sie mögen sich aber gesagt sein lassen, daß das klassenbewußte Proletariat dem Raub des Koalitionsrechtes keineswegs untätig zusehen würde.

Teufels Hilfe wird John ja auch wieder einmal ein Pferd unter den Sattel und einen anständigen Rock auf den Leib bringen. Erst nur das Pferd, das andere findet sich dann schon von selbst. Hallo, wer kommt da?" unterbrach er sich rasch, als der Klang nahender Hufe sein Ohr traf. Wie unwillkürlich stand er dabei auf, um sein Gewehr, das in der Hütte lehnte, falls er es brauchen sollte, rasch im Griff zu haben. Gleich darauf erkannte er durch die lichten Gumbüsche die Gestalt des Aufsehers, und seine Hände in die Taschen schiebend, ging er diesem langsam ein paar Schritte entgegen.

„Nun, Toby, so fleißig?" fragte Bale, der herbeigaloppierte und sein Pferd dicht vor dem Hüttenwächter einzügelte; „die Hürden da drüben müssen ausgebessert werden, und auf das Dach hier, dächt ich, könntet Ihr auch ein paar neue Stücken Rinde gebrauchen. Ich glaube, ich habe Euch das schon einmal gesagt, oder setzt Ihr vielleicht das Geschäft von Eurem Vorgänger fort?"

„Verdammt will ich sein," entgegnete mürrisch der neue Hüttenwächter, „wenn ich einen Strich arbeiten kann, bis ich nicht ein Stück Tabak zwischen den Zähnen habe. Die Kehle ist mir so trocken, daß mir selbst das Luftschnappen schwer wird."

Der Aufseher lachte.

„Nun gut," sagte er, während er in seine Tasche griff und dem danach Langenden ein Paket Tabak zuwarf, „wenn das nur fehlt, das hab ich mitgebracht. Aber da nun die Maschine geschmiert ist, wird sie auch hoffentlich arbeiten."

„Denke so," nickte der Mann mit vergnügtem Gesicht, indem er das Papier ohne weiteres abriß, und, wie er nur eine Ecke frei hatte, mit voller Gier in das ganze Stück hineinbiß, „sollt jetzt Eure Freude an mir erleben. Donnerwetter, das schmeckt!"

„Wie lange habt Ihr keinen Tabak gehabt?"

„Wie lange? Es muß eine Ewigkeit sein, und ich habe seit der Zeit meine ganze Kalenderrechnung verloren. Heute geht ein neues Jahr an."

„Wo ist Hendricks?"

„Mit den Schafen spazieren."

„Wo hinaus? frag ich."

„Wohin? Dort hinüber. Wo die hohe Kiefer dort drüben steht, hab' ich ihn zuletzt gesehen."

Der Aufseher hatte sein Pferd schon gewandt, um nach der bezeichneten Richtung hinüberzureiten, als ihm einfiel, dem Hüttenwächter noch etwas zu sagen.

„He, Toby!" rief er dem Mann zu, der eben in die Hütte trat, um sich eine Pfeife herauszuholen und den doppelten Genuß von seinem lange entbehrten Labsal zu haben.

„Mister?" sagte dieser, indem er nur langsam den Kopf nach ihm umdrehte.

„Morgen früh wird wahrscheinlich der Karren herüberkommen, es ist möglich, daß der Alte noch mehr von den Schafen haben will, wenn er nicht vielleicht drin ein Rind schlachtet —"

„Na, Gott soll mich holen, die ganze Ladung ist doch noch nicht verzehrt?" sagte der Mann erstaunt.

„Wird nicht lange anhalten. Wir haben zahlreichen Besuch bekommen, denn ein ganzer Schwarm schwarzer Polizei ist bei uns einquartiert. Daß mir der Bursche dann mit den Ochsen nicht lange aufgehalten wird." Ohne eine Antwort abzuwarten, drückte er mit den Worten seinem Pferd die Sporen in die Flanken und verschwand bald darauf in den Büschen, seinen neuen Hüttenwächter übrigens in keineswegs freudigem Erstaunen zurücklassend. Selbst die Pfeife vergaß er im ersten Augenblick bei der unwillkommenen Kunde, und sah erst dem Davonreitenden so lange nach, als er ihn sehen konnte.

„Alle Teufel!" brummte er dann in den Bart, „das ist eine schöne Geschichte, die Spürnasen hier, und meine Bescherung da drüben im Busch? Hm, hm, hm, hm, — dem Teufel zu zahlen und kein Pech heiß — wohlbestallter Hüttenwächter hier mitten im Busch mit einem Pfund Tabak Handgeld, und die schwarzen Bestien vielleicht in der nächsten Stunde auf der Fährte. Wird sich Jack London unmenschlich darüber gefreut haben! Johnny, Johnny, das ist eine verzweifelte Geschichte, und wenn Du dieses Mal glücklich aus der Klemme kommst, werd' ich allen Respekt vor Dir haben! Aber bah," setzte er plötzlich, den Kopf zurückwerfend, hinzu, „wer weiß denn, ob sie je hier in die Gegend kommen! Man darf nicht schreien, eh's einem wehe tut, und kommt Zeit, kommt Rat. Fort darf ich jetzt einmal nicht, ehe sie mich aufstöbern und mich zwingen, Fersengeld zu geben, denn in dem weichen Boden hätt' ich sie alle wie an einer Leine hinterher. Hier kann ja ein Blinder die Spuren mit einem Stock im Sande fühlen. Aber aufpassen wollen wir doch ein bißchen schärfer, und kommen sie erst, hol sie der Henker!" setzte er finster mit einem gotteslästerlichen Fluch hinzu, „so haben sie den roten John nicht umsonst drei Jahre im Busch herumgehetzt und mit den Schwarzen Brüderschaft machen lassen, daß er ihnen nicht wenigstens einen Teil ihrer List abgelauscht hätte. Außerdem hab' ich das Schießeisen auch nicht um nichts da, und so lange Pulver und Blei reicht, kann ich sie mir schon vom Leibe halten.

Er ging mit diesen Worten in die Hütte, schnitt sich ruhig hinlänglichen Tabak zu einer Pfeife klein, stopfte diese dann, und nahm, während er den Dampf mit augenscheinlichem Behagen in die Luft blies, sein Gewehr vor. Aus diesem zog er die alten Schüsse sorgfältig heraus, reinigte die Läufe, lud sie frisch und hing sich dann das Gewehr über, um die ihm aufgetragene Arbeit an den Hürden vorzunehmen. Kam der Karrenführer morgen früh wieder heraus, so erfuhr er von diesem jedenfalls, was die Schwarzen machten. Vielleicht waren sie auch weiter gegangen, und er hatte dann garnichts mehr zu fürchten.

Mit den Hürden wurde er nachmittags fertig, und nach Beendigung derselben ging er dann ebenfalls daran, die ihm aufgegebene Ausbesserung an dem Dache vorzunehmen. So lange er sich hier im Dienst befand, wußte er wohl, daß er seine Pflicht erfüllen müsse. Hierzu brauchte er übrigens einige große Stücken Rinde, und mit dem kleinen Beil, das er in einem der Hauspfähle stecken fand, schlenderte er langsam einer alten nicht sehr weit entfernten Lagune zu, an deren Rand mehrere starke Gumbäume standen.

Das Gewehr nahm er natürlich mit und lehnte es an einen der Bäume, ein wenig aus Sicht hinter einen Stamm, wenn der Aufseher vielleicht diesen Weg zurückkommen sollte, wonach er mit geübter Hand die benötigten Stücke Rinde aushieb und abschälte. Er war dabei in seine Arbeit so vertieft gewesen, daß er seine Umgebung wirklich für den Augenblick darüber vergaß. So eben emsig beschäftigt, die abgeschälten Stücken, besseren Transports wegen, an einer Stelle aufzuhäufen, hörte er plötzlich ganz dicht neben sich seinen Buschnamen „roter John" rufen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Ende des Kampfes. Es arbeiteten gestern vormittag in Stettin 584, gestern nachmittag 618 Nieter, fast die volle Zahl. Die Direktion hat einen Anschlag anheften lassen, daß der Betrieb wieder in vollem Umfange aufgenommen wird.

Der Zechenbesitzer als Rechenkünstler. Darüber besteht kein Zweifel, daß die Bergleute heute viel intensiver arbeiten müssen, als selbst noch vor zehn oder fünfzehn Jahren. Diese Tatsache findet ihren prägnanten Ausdruck in dem stets zurückgehenden Pensionsalter der Bergleute. Zwar behaupten die Unternehmer, daß die gesteigerten Pensionen einen Anreiz für die Bergleute sind, sich früher pensionieren zu lassen, in Wirklichkeit trifft das aber nicht zu, denn trotz der gesteigerten Pensionssätze ist dem pensionierten Bergmann ein recht kümmerliches Leben beschieden. Im letzten Jahresbericht der Dortmunder Handelskammer wird nun der verblüffende Nachweis geliefert, daß die Zahl der 45 Jahre alten Leute unter den Ruhrbergleuten genau so hoch sei, als unter der Gesamtbevölkerung Deutschlands, nämlich rund 19 Prozent. Der Bergassessor Dr. Herbig hat dieses Rechenkunststück in der „Sozialen Praxis" näher untersucht und stellt dort fest:

„In der Belegschaft fehlen die Kinder, die in der Gesamtbevölkerung mitenthalten sind. So bezieht sich der Prozentsatz der Altersklassen von 45 Jahren und darüber in der Belegschaft auf einen viel kleineren Personenkreis als in der Gesamtbevölkerung, ist also im Verhältnis zu hoch; die Zahlen sind unvergleichbar."

Auf diese Weise täuschen die Werksherren die Öffentlichkeit.

„Krach im roten Lager". Das Hirsch-Bureau verbreitet unter der sensationellen Überschrift: „Krach im roten Lager" Nachrichten über Streitigkeiten in der sozialdemokratischen Partei Dortmunds. Darnach erzähle man sich angeblich in Genossenkreisen auf dem Lande, daß gegen eine Anzahl hervorragender Genossen Anträge auf Ausschluß aus der Partei gestellt sind, und zwar befinden sich darunter zwei führende Genossen der Stadt Dortmund und mehrere führende Genossen vom Lande. Was diesem Streit zugrunde liegt, ist bis jetzt noch nicht zu erfahren gewesen, aber man darf wohl die Anfrage stellen: hängt die Geschichte etwa mit dem steckbrieflich verfolgten, früheren Geschäftsführer Becker zusammen? Auf diese Liebenswürdigkeit boshafter Gegner antwortet die „Dortmunder Arbeiterzeitung": Es bestehen allerdings zurzeit Zwistigkeiten rein persönlicher Natur unter einigen Genossen des Landkreises Dortmund-Hörde. Diese Zwistigkeiten, die mit prinzipiellen und taktischen Parteiangelegenheiten nicht das allergeringste zu tun haben, verdichteten sich in der letzten Zeit zu der Anregung auf Einsetzung eines Schiedsgerichtes. Ob sich die Kreisorganisation hiermit beschäftigen wird, bleibt der am 23. ds. Mts. stattfindenden Generalversammlung überlassen. In dieser, als der allein zuständigen Instanz wird von der die Öffentlichkeit nicht im geringsten interessierenden Angelegenheit Kenntnis gegeben werden. — Unsere Leser ersehen, daß die Affäre sich keineswegs in dem von der „Dortmunder Zeitung" behaupteten Stadium befindet. Mit dem früheren Geschäftsführer H. Becker von der „Arbeiterzeitung" hat die ganze Sache absolut nichts zu tun.

Die Aussperrungen in Dänemark und der Streik in den Zeitungsdruckereien. Dem „Vorwärts" entnehmen wir: Die Buchdruckeraussperrung ist wohl die größte Dummheit, die die dänische Arbeitgebervereinigung jemals begangen hat. Diese nun in der Zeit der Wirtschaftskrise wieder außerordentlich kampflustige Unternehmerorganisation lebte wohl in der törichten Hoffnung, daß die Zeitungssetzer und -Drucker ruhig zusehen würden, wie ihre Kollegen vom Buchgewerbe aufs Pflaster geworfen wurden, weil einige hundert Lithographen und Steindrucker streikten. Aber wie alle anderen Arbeiter Dänemarks, so stehen auch die Typographen solidarisch im Kampfe. Die Zeitungsherausgeber, die es für zweckmäßig ansahen, der allgemeinen „Arbeitgebervereinigung" beizutreten, sind außer stande gesetzt, ihre Blätter drucken zu lassen. Die sozialdemokratische Presse beherrscht den Markt. Nur eines ihrer Blätter, „Lolland-Falsters Sozialdemokrat", das in einer Privatdruckerei hergestellt wird, ist von dem Streik mit betroffen; die Abonnenten erhalten jedoch als Ersatz Kopenhagens „Socialdemokraten" zugestellt. Dem Unternehmertum fehlt es an der Presse, die seine Gewaltmaßregeln mit den üblichen Schwindeleien zu verteidigen sucht. Die wenigen bürgerlichen Blätter, die noch erscheinen können, weil ihre Herausgeber und Druckereiprinzipale nicht der Arbeitgebervereinigung angehören, verurteilen mehr oder minder scharf die Aussperrungsmaßregeln. So erklärt es das „Kristeligt Dagblad" für „ganz vernunftwidrig, daß Hunderte von Prinzipalen und Tausende von Arbeitern zur Untätigkeit mit ihren nur Unglück bringenden physischen und moralischen Folgen gezwungen werden sollen, lediglich weil z. B. einige Arbeiter nicht nach Verlauf von zwei Jahren eine um eine Stunde kürzere Arbeitszeit erhalten können." Ebenso äußert sich die radikale Provinzpresse dahin, daß die Arbeitgebervereinigung und die Zeitungsherausgeber allein die Schuld tragen an der gegenwärtigen Situation. Dagegen suchte das große radikale Organ „Politiken", solange es noch in der einen oder andern Weise erscheinen konnte, die Öffentlichkeit irrezuführen. Dieses Blatt hatte bei Ausbruch des Streiks mit der Malmöer Zeitung „Skaanske Aftonbladet" einen Vertrag geschlossen, wonach die letzte Seite mit „Politikens" dänischen Nachrichten bedruckt in Dänemark verbreitet werden sollte. Das gelang aber nur einmal, am Dienstag, dem nächsten Tag, weigerte sich das Druckerpersonal im Einverständnis mit dem Schwedischen Typographenverband einstimmig, das Blatt in dieser Form und in größeren Auflagen als bisher fertigzustellen. Der Herausgeber mußte sich fügen, hat allerdings die Sache der „Allgemeinen schwedischen Buchdruckervereinigung" berichtet, und es scheint nicht ausgeschlossen, daß diese Prinzipalsorganisation Gegenmaßregeln veranstaltet. In Kopenhagen versuchen die Zeitungsverleger gemeinsam kleine Blättchen herauszugeben, gesetzt und gedruckt von Streikbrechern aus den Reihen der Kleinmeister im Buchdruckgewerbe. So haben verschiedene große Zeitungen ein gemeinsames Blättchen „Pressen" („Die Presse") hergestellt, aber nun beschlossen die Zeitungsträgerinnen, die Bestellung an die Abonnenten abzulehnen, aus Solidarität mit den Ausgesperrten und Streikenden. Die große 150 Jahre alte „Berlingske Tidende" ist dieser Tage in der Größe eines halben Bogens Briefpapier herausgekommen, einseitig beschrieben mit der Schreibmaschine. Die Presseausstellung, die demnächst in Kopenhagen stattfindet, wird durch den Streik mit allerlei dergleichen Kuriositäten bereichert werden. Das Unternehmertum sucht nun durch Boykott auch die sozialdemokratische Presse lahmzulegen; man will ihr die Papierlieferung entziehen. „Socialdemokraten" ist jedoch so gut darauf vorbereitet, daß sein Erscheinen auch bei längerer Dauer des Kampfes gesichert ist. Voraussichtlich wird aber der bereits erwähnte Vermittlungsvorschlag des Ministers des Innern zu einer Beilegung der Kämpfe führen. Die Vertreter der an den verschiedenen Konflikten beteiligten Gewerkschaften haben am Mittwoch zwar die endgültige Anerkennung der ministeriellen Vorschläge abgelehnt, aber die Entscheidung der Repräsentantschaft des Gesamtverbandes der Gewerkschaften überwiesen, deren Vertreter aus dem ganzen Lande dann auf Freitag nach Kopenhagen zusammenberufen werden. Die Vorschläge selbst enthalten die Verkürzung der Arbeitszeit im Steindruckgewerbe auf 8½ Stunden. Diese Arbeitszeit soll bis zum 1. Januar 1910 gelten, dem Datum, mit dem für die Buchdrucker der Achtstundentag in Kraft tritt. Auch bei den übrigen Konflikten kommen die Vorschläge des Ministers den Forderungen der Arbeiter einigermaßen entgegen, jedoch berühren sie das Interesse der gesamten Arbeiterschaft dermaßen, daß diese Berufe allein nicht über Annahme oder Ablehnung entscheiden können. Vermutlich wird die „Arbeitgebervereinigung" sich nun doch zur Verhandlung bereit finden, nachdem die am Montag über mehr als 5000 Buchdrucker, Buchbinder und Papierfabrikarbeiter verhängte Aussperrung einen so unerwarteten Kampf heraufbeschworen hat, und von der Generalaussperrung Abstand nehmen, die am 24. August über mehr als 21 000 Arbeiter der verschiedensten Berufe verhängt werden soll. — Der Streik in den Zeitungsdruckereien hat übrigens auch eine Bewegung unter den arbeitslos gewordenen Journalisten hervorgerufen, die energisch fordern, daß ihnen Ersatz auch für das verlorengehende Zeilenhonorar zuteil werde.

Wie soeben gemeldet wird, ist der Streik infolge der ministeriellen Vermittelung beigelegt worden.

Zur Frage der Jugendorganisation. Die Berliner Gewerkschaften sind bereits im Begriff, Positives zu schaffen, das auch diejenigen, welche mit der Behandlung der Frage auf dem Gewerkschaftskongreß nicht zufrieden sind, versöhnen dürfte. Es liegt ein bestimmter Plan vor, der die Errichtung eines Jugendheims mit großer Bibliothek und Theatersaal auf Kosten der Gewerkschaften vorsieht. Man rechnet darauf, daß durch die Bildung von Fachabteilungen, wie sie der Deutsche Transportarbeiterverband, der Steindruckerverband usw. bereits geschaffen haben, die Zahl der jugendlich Organisierten in Groß-Berlin von 3000 bald auf 10 000 gesteigert werden kann. Für diese sollen nun ihrem Bildungsbedürfnis entsprechend große Aufwendungen gemacht werden. Der Parteivorstand soll einen Zuschuß von 10 Pfg. pro Kopf leisten, der Rest würde durch die Gewerkschaften aufgebracht werden. Den jungen Leuten sollen in dem Jugendheim Vorträge aller Art geboten werden, ebenso sollen sie an Kursen teilnehmen, die ihre Fortbildung erleichtern. In dem Jugendheim soll die Zentralstelle für die Gewerkschaftsbibliothek ihren Platz finden, sodaß die Gewerkschaften auch materiell an der Erhaltung dieser Institution erheblich interessiert sind. Um den Leitern der gegenwärtigen Jugendorganisation entgegenzukommen, wird ausdrücklich versichert, daß eine Benachteiligung in bezug auf Selbständigkeit mit diesem Plan nicht verbunden ist und daß die Leitung der Jugendsektion den Jugendlichen selber in der Hauptsache überlassen bleiben soll.

Aus dem Gerichtssaal.

Wie Terroristenprozesse zustande kommen. In Breslau hatten die Kellner die Vereinbarung getroffen, während der Pfingstfeiertage nicht unter 5 Mk. für den ganzen und 4 Mk. für den halben Tag zu arbeiten. Ein Kellner stand jetzt vor dem Schöffengericht, weil er einen Bohrer, der sich von einem Stellenvermittler für 1,50 Mk. für einen halben Tag vermitteln ließ, durch Schimpfworte beleidigt und ihm ins Gesicht gespuckt haben sollte, um ihn zu veranlassen, die Stellung nicht anzutreten. Die Beweisaufnahme ergab, daß der angeblich Terrorisierte von der Vereinbarung der Kellner garnichts bewußt hatte, und daß er sich andernfalls für den Preis garnicht hätte vermitteln lassen. Der Angeklagte hätte ihm in durchaus freundschaftlicher Weise zugeredet, die Stellung nicht anzutreten. Während der Unterhaltung hatte er versehentlich die brennende Zigarette verkehrt zum Munde geführt, sich dabei verbrannt und deshalb ausgespuckt. Vorsitzender zum Zeugen: „Warum haben Sie denn da erst Strafantrag gestellt?" Zeuge: „Ich wollte es ja nicht, aber ein Schutzmann hat mir lange zugeredet. Er sagte, ich müßte Strafantrag stellen, das sei meine Pflicht, und da habe ich mich überreden lassen." — Der Staatsanwalt beantragte daraufhin die Freisprechung des Angeklagten, und das Gericht erkannte demgemäß. Die Kosten wurden leider der Staatskasse, — anstatt — wie es richtiger gewesen wäre — dem Schutzmann auferlegt.

Auch ein Nachklang zu den Hottentottenwahlen. Vor dem Landgericht Freiburg in Sachsen wurde ein Prozeß verhandelt, der ein sehr verspätetes, aber recht interessantes Nachspiel der Reichstagswahl von 1907 brachte. Er zeigte, wie man unter Umständen Wahlen auf dem Dorfe macht, und wie dann die Gerichte weitherzig bei der Beurteilung von offenbaren Verstößen sein können. Der Gemeindevorsteher von Rübenau hatte einem Wähler, der sich überzeugen wollte, ob er in die Wählerliste eingetragen sei, eine bejahende Antwort gegeben. Dem Wähler, einem gut „nationalen" Herrn, genügte das; als er wählen wollte, stellte sich jedoch heraus, daß er nicht in die Liste eingetragen war. Der Gemeindevorsteher war nun zugleich Wahlvorsteher, und der Fall war ihm, da es sich offenbar um einen „Ordnungs"wähler handelte, doppelt unangenehm. Aber man wußte sich zu helfen. Wahlvorsteher und Beisitzer berieten miteinander und kamen zu dem Beschluß, den Nichteingetragenen trotzdem wählen zu lassen! So geschah es auch! Und um die Sache in „Ordnung" zu bringen, wurde der Wähler nachträglich noch in die Liste geschrieben. Doch der Vorgang wurde bekannt und erregte selbst auf dem Dorfe einiges Aufsehen. Irgend jemand berichtete darüber an das Ministerium, das die Sache an die zuständige Staatsanwaltschaft verwies. Nun wurde der entgegenkommende Gemeinde- und Wahlvorsteher wegen Urkundenfälschung unter Anklage gestellt. Zur Verhandlung waren zehn Zeugen geladen, darunter die sieben Wahlbeisitzer, die wegen Mittäterschaft unvereidigt blieben. Der Staatsanwalt beantragte Bestrafung, da der Wahlvorsteher bewußt und absichtlich ein unrichtiges Wahlergebnis herbeigeführt habe. Der Verteidiger plädierte auf Freisprechung, da der Wahlvorstand das Recht hätte, einen derartigen Beschluß zu fassen. Nur insofern habe man nicht richtig gehandelt, als der Beschluß nicht in das Protokoll über die Wahlhandlung aufgenommen worden sei. Das Gericht schloß sich dieser merkwürdigen Auffassung an und erkannte auf Freisprechung. — Merkwürdig, sagen wir, weil weder im Reichstagswahlgesetz noch im neuen Reglement dazu eine Begründung für diesen Freispruch gegeben ist. Im Gegenteil! Am Schluß des § 8 des Gesetzes heißt es ganz klar und zweifelsfrei: „Nur diejenigen sind zur Teilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Liste aufgenommen sind". Diese Bestimmung wird in § 14 des Reglements ausdrücklich wiederholt. Dort ist gesagt: „Zur Stimmabgabe sind nur diejenigen zugelassen, welche in die Wählerliste aufgenommen sind." Das Protokoll hat mit diesen zwingenden und unzweideutigen Bestimmungen gar nichts zu tun. Wäre der Vorgang protokolliert worden, dann hätte es nur insofern eine Wirkung gehabt, als aus dem Protokoll selbst die ungesetzliche und strafbare Handlung des Wahlvorstehers zu ersehen gewesen wäre. Die Nichtprotokollierung ist also nach Lage der Sache eher ein erschwerendes, als ein milderndes Moment. Was würde wohl geschehen, wenn jener Wahlvorsteher der so ungesetzlich verfuhr, ein Sozialdemokrat gewesen wäre? Und wenn auch der Wähler, der auf diese nicht ganz ungewöhnliche Weise zu seinem Wahlrecht kam, ebenfalls zur sozialdemokratischen Partei gehörte?! Die Blockpresse würde heulen über den sozialdemokratischen Wahlbetrug, über Wechselfälschung und alles mögliche. Da es sich um gut „nationale" Personen handelt, die an diesem Fall beteiligt waren, wird man mit zarter Rücksicht beide Augen zudrücken.

Wegen Soldatenmißhandlung in zwei Fällen hatte sich der Unteroffizier Paul Martens von der 4. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 151 vor dem Oberkriegsgericht in Königsberg zu verantworten. Am 12. Juni d. J. mußte der Musketier Albert einen Eimer scheuern; als er fertig war, fand die Arbeit keine Gnade vor den Augen des Herrn Unteroffiziers. Deshalb mußte der Eimer noch einmal gescheuert werden. Als nun Albert abermals zur Besichtigung vor dem Unteroffizier erschienen war und dieser „die Arbeit abgenommen" hatte, ging Albert zu seiner Mannschaftsstube zurück. Er hatte einen engen Gang zu passieren, in dem der Unteroffizier Martens stand. Natürlich wollte der Soldat seinen Vorgesetzten nicht berühren, deshalb machte er sich möglichst dünn. Aber das half ihm nichts, er geriet doch mit dem Unteroffizier zusammen. Dieser hob seinen Säbel auf und mit den Worten: „Willst du nicht schneller vorbei" stieß er dem Soldaten mit dem Säbel in den Leib. Das Opfer erklärte vor dem Oberkriegsgericht, daß es noch jetzt — besonders wenn er beim Laufen tief Atem hole — Schmerzen empfinde. Dann hatte eines Tages der Musketier eine Arbeit zu machen, die er nach Ansicht seines Peinigers nicht schnell genug erledigte. Der Unteroffizier schlug dem Soldaten den Helm auf den Kopf und stieß ihn auch mit dem beschuhten Fuß in die Seite, wobei er ausrief: „Kannst Du Schwein es nicht besser machen." Beide Vorgänge spielten sich unter vier Augen ab. Der Mißhandelte brachte die Angelegenheit aber doch zur Anzeige. Vom Kriegsgericht wurde der Unteroffizier wegen des ersten Falles freigesprochen, da ihm das Gericht glaubte, daß der Soldat versehentlich auf sein Seitengewehr gerannt sei. Wegen des zweiten Falles bekam er — acht Tage Mittelarrest. Das Urteil wurde aber vom Gerichtsherrn angefochten, und das Oberkriegsgericht glaubte dem Angeklagten auch nicht, daß die erste Mißhandlung nur auf ein Versehen zurückzuführen sei. Es hielt es für ganz unerklärlich, wie ein Mann versehentlich in die Spitze eines Seitengewehres rennen könne, das ein anderer vorgeschnallt habe. Milde genug kam der Soldatenschinder aber auch vor dem Oberkriegsgericht weg, denn er erhielt eine Gesamtstrafe von drei Wochen Mittelarrest für beide Fälle.

Genossenschaftsbewegung.

Händlerpraktiken zur Täuschung des Publikums. Über sonderbare Gepflogenheiten der Händler wird von der „Tremonia", einem katholischen Blatt in Dortmund, aus Schwerte in Westfalen berichtet:

„In der letzten Schöffengerichtssitzung hatten sich die Eheleute Kaufmann Otto Schmidt von hier wegen Betrugs zu verantworten. Bei einer Revision der Maße und Gewichte wurde in dem Geschäfte der Firma A. Pfeiffer, das die Angeklagten zu dieser Zeit als Geschäftsführer verwalteten und nachher käuflich erwarben, eine Wage vorgefunden, an welcher unter der einen Platte ein Stück Pappe im Gewicht von 30 Gramm angebracht war. Wenn also die zu verkaufende Ware auf die beschwerte Seite gelegt wurde, kamen die Käufer um 30 Gramm zu kurz. Da dieser Nachweis nicht erbracht wurde (!), so konnte das Gericht wegen mangelnder Beweise nicht zu einer Verurteilung wegen Betrugs kommen (!), setzte aber gegen beide Angeklagte eine Geldstrafe von je 10 Mk. wegen Gebrauchs einer unrichtigen Wage fest. In der Beweisaufnahme bekundete der Polizeiwachtmeister Thielecke, welcher die Revision vornahm, unter Eid, daß er bei der Prüfung in der ganzen Stadt nur zwei oder drei Geschäfte gefunden habe, in denen die eine Seite der Wage nicht beschwert war. Hier sei es aber nur zu einer Verwarnung der betreffenden Geschäftsinhaber gekommen, da die Beschwerung die bei einer Normalwage gesetzlich festgelegte Grenze des Mindergewichts (bei einer 5 Kilogrammwage bis zu 10 Gramm) nicht überschritten habe. Da nicht gut anzunehmen ist, daß die Belastung auf der Seite erfolgte, auf welcher die Gewichte zu stehen pflegen, so daß dadurch die Käufer Vorteile haben würden, so sollten unsere Hausfrauen nie unterlassen, die nach Gewicht gekauften Waren auf einer richtigen Wage sofort nachzuwiegen."

Die Konsumenten haben ein wirksames Mittel, sich vor den betrügerischen Praktiken der Händler zu schützen, indem sie die Konsumgenossenschaften unterstützen. Dort gilt der Grundsatz: Gute Ware, volles Gewicht zu Tagespreisen.

W. H.

Ein liberaler Arbeitertag gegen die Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine. Am Sonntag, den 9. August, fand in Hof in Bayern der dritte Vertretertag der liberalen Arbeitervereine Bayerns statt. 51 Delegierte vertraten 21 Vereine mit über 3000 Mitgliedern. Nach längerer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Der Landesverband der liberalen Arbeitervereine ersucht die liberale Landtagsfraktion, ihr Eintreten für die Forderungen der Arbeiter und den Kampf gegen alle Widerstände seitens der Regierung, der Kammer der Reichsräte, der anderen Parteien und der Interessenverbände bei der Verwirklichung sozialer Forderungen fortzusetzen und die liberalen Fraktionen anderer Parlamente zu gleicher Tat fortzureißen; die einseitige Besteuerung der Arbeiterkonsumvereine ist abzuwenden.

Da in Bayern gegenwärtig ein Steuergesetz zur Beratung steht, das die Konsumvereine einer Ausnahmebesteurung unterwerfen will, wird man bald Gelegenheit haben, zu erfahren, wie dieser Beschluß auf die liberalen Parteien wirkt.

Konsumvereinswesen in Spanien. Nach den kürzlich vom spanischen Sozialen Reforminstitut veröffentlichten Statistiken per 1. November 1904 gibt es in Spanien 182 Konsumvereine mit 29 000 Mitgliedern. Bei einer Bevölkerung von 20 Millionen auf je 109 890 Einwohner ein Konsumverein und auf je 691 Einwohner ein Vereinsmitglied. Unter den Genossenschaften ist diejenige von Tortora p. San Carlos de la Bapita bemerkenswert, da sie bereits im 12. Jahrhundert gegründet wurde. Sie wird von Fischern gebildet, die gemeinsam dem Fischfange in der Mündung des Ebro obliegen. Die nächstälteste Genossenschaft befindet sich in Segovia. Sie wurde im 17. Jahrhundert gegründet und bezweckt die Gewährung ärztlichen Beistandes

und von Arzneien an die Mitglieder. Die spanische Regierung ist zurzeit mit der Prüfung des Entwurfes eines neuen Genossenschaftsgesetzes beschäftigt.

Aus Nah und Fern.

Wozu Geld da ist! Die Jäger zu Pferde haben in kurzer Zeit bereits die sechste Uniformänderung mitgemacht. Jetzt ist, um ihre Wehrhaftigkeit zu erhöhen, die siebente erfolgt. Schuhe und Lederzeug waren bisher braun, jetzt ist helleres Leder verwendet worden. Vermutlich, daß man die Jäger zu Pferde bereits auf größere Entfernungen zu erkennen vermag. Die achte Änderung dürfte bereits in Vorbereitung sein.

Es sind ja nur Lehrer! Eine Deputation des Gauverbandes westfälischer Lehrer hatte bei Minister Dr. Holle um eine Audienz nachgesucht, die auch in Aussicht gestellt wurde. Jetzt ist den Lehrern eröffnet worden, daß der Kultusminister es ablehnen müsse, sie zu empfangen. — Ob Geistliche auch eine solche Antwort bekommen hätten?

Über eine komische Erbschaft wird der „Gumb. Allg. Ztg." geschrieben: Die Näherin Berta S. bei Lötzen (Ostpreußen) hat kürzlich eine komische Erbschaft gemacht. Aus Brasilien erhielt sie plötzlich die Nachricht, daß ihr einziger vor mehreren Jahren ausgewanderter Bruder verstorben sei und ihr 50 000 Mk. vermacht habe mit der recht sonderbaren Bedingung, daß sie „nur einen studierten Mann (Juristen, Arzt oder Philologen), nicht aber einen ihres Standes heirate". Bevor das Geld, das in einem Berliner Bankhause deponiert ist, zur Auszahlung kommt, muß besagte Erbin eine polizeiliche Bescheinigung beibringen, daß dem Willen des Testators entsprochen ist. Wo nicht, fällt das Geld dem mit dieser Angelegenheit betrauten Anwalt zu. Die Erbin hat spätestens innerhalb dreier Monate die Ehe einzugehen.

Der versteuerte Pharao. Folgende Anekdote kursiert in französischen Blättern: Ein Mitglied der französischen Akademie habe die kürzlich ausgegrabene angebliche Mumie des ägyptischen Königs Ramses II in das Museum von Kairo überbringen wollen. Die Verzehrungssteuer-Kommission, die bei der Einfuhr von Lebensmitteln in die Stadt Abgaben erhebt, hielt aber die eigenartig verpackte Sendung auf. „Was ist darin?" fragte der Steuerbeamte. „Es ist die Mumie Ramses II", antwortete man ihm. Der Beamte schüttelte ungläubig den Kopf. „Da muß ich mich selbst überzeugen", erklärte der pflichtgetreue Beamte, öffnete den Sarg, brach sich ein Stück vom Ohrläppchen Ramses II ab, roch daran, kostete es, und dann rief er: „Gesalzener Fisch, wiegen Sie das — —"

Auf dem Seelenfang. In hakatistischen Kreisen ist man entsetzt über das Vorgehen einiger Pastoren. Wie gemeldet wird, haben drei evangelische Geistliche im Süden der Provinz Posen, deren Kirchengemeinden viele evangelische Polen zählen, eine Evangelisationsgesellschaft für katholische Polen gegründet. Sie versprechen sich davon einen großen Erfolg, namentlich glauben sie die in nationaler Beziehung friedlich gesinnten Polen für sich gewinnen zu können. — Man begreift die Sorge der Hakatisten, denn wenn sich zu den nationalen Schwierigkeiten auch noch konfessionelle Gegensätze gesellen, dann werden die Polen noch weit schwerer für die Segnungen preußisch-deutscher Germanisation zu haben sein.

Überfall in einem badischen Kurort. In dem kleinen badischen Kurort Griesbach ist gegen zwei Kurgäste ein räuberisches Attentat verübt worden, das den Tod eines der überfallenen zur Folge hatte. Es wird darüber aus Schapbach gemeldet: Auf zwei Kurgäste aus Griesbach, Dr. Ensheimer aus Köln und Rechtsanwalt Faißt aus Mannheim, wurde ein Überfall verübt; hierbei wurde Dr. Ensheimer erschossen, während Faißt entkam. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Sechs Personen von Meereswellen fortgespült. Am Strande von Calais ereignete sich Sonntag eine entsetzliche Katastrophe. Es wimmelte am Strande von Ausflüglern, die ein Extrazug anläßlich des Marienfestes an die See geführt hatte. Sechs Personen sammelten gerade Muscheln auf dem schmalen nur meterbreiten Deich, der dort weit in die See hinausragt, als der Dampfer „Queen" gerade ganz nahe vorüberfuhr. Durch die so entstehenden Brandungswellen wurde der Deich vollständig überflutet und die sechs Personen vor den Augen der entsetzten Zuschauer hinweggespült. Das Meer ist an jener Stelle sehr tief. Abends wurden fünf Leichen, drei Frauen und zwei Kinder, an den Strand gespült, die sechste Leiche, die eines 14jährigen Mädchens, ist noch nicht aufgefunden.

Die Tausendmarkstiefel. Aus Petersburg wird berichtet: Im „Graschdanin" veröffentlicht der Fürst Mesch-scherski, der intime Freund des verstorbenen Zaren Alexander, aufsehenerregende Enthüllungen über Fälle von Korruption in den Kreisen des russischen Generalstabes. Er erzählt dabei die Geschichte eines Offiziers, der sich bemühte, zu einem anderen Regiment versetzt zu werden. Der Besuch bei einem hohen Stabsoffizier eröffnete trübe Aussichten, denn der Bittsteller erfuhr, daß die Angelegenheit außerordentlich schwierig sei. Im Laufe der Unterhaltung aber bemerkte der Stabsoffizier beiläufig, die Stiefel des Bittstellers seien doch eigentlich nicht elegant, und er empfahl ihm einen Schuster, den er selbst, der Stabsoffizier, genau kenne. Dann forderte er den Bittsteller auf, in seiner Angelegenheit nach einer Woche wiederzukommen. Der Offizier geht zu dem Schuster, der Meister erkundigt sich, wer ihn empfohlen habe und normiert dann den Preis für die Stiefel auf — 1000 Mk. Der Offizier war sehr überrascht, aber auf den Rat seiner Freunde bestellte er dennoch diese kostbaren „eleganten" Stiefel und zahlte sofort 500 Mk. an. Als er eine Woche später den Stabsoffizier aufsucht, wird er außerordentlich liebenswürdig empfangen und die gewünschte Versetzung ist bereits verfügt. Denn der Schuster war ein zuverlässiger Vermittler und hatte dem hohen Gönner wie üblich das Bestechungsgeld prompt übermittelt.

Ein anspruchsvoller Freier. In der „Köln. Ztg." erläßt ein Blaublütiger folgende Anzeige:

> Freiherr, Uradel, kath.
> 35 Jahre alt, in hochangesehener
> Stellung, sucht zwecks
> Heirat
> Standesgenossin mit 8—32 Ahnen.
> Größeres Vermögen erwünscht. Diskret. Ehrensache.
> Gewerbsmäß. Vermittlung verb.
> Zuschr. unt. F D Z 237 an Rudolf
> Mosse, Frankfurt a. Main.

Wir geben ohne weiteres zu, daß sich unter den unzähligen Mägdelein, die geliebt und geheiratet zu werden verdienen, nur wenige mit den dem uradeligen Freiherrn erwünschten Zugaben befinden werden. Man denke: sie soll Standesgenossin sein, also mindestens auch aus freiherrlichem Geblüte stammen, dann soll sie über 8—32 Ahnen verfügen, und außerdem noch ein größeres Vermögen besitzen. Der uradelige Heiratskandidat tut also recht daran, daß er sich an das Kölnische Weltblatt wandte, das in den „allerhöchsten" Kreisen gelesen wird und schon manchem geldbedürftigen Manne seine kupplerischen Dienste geleistet hat. Wenn dieses Geschäft erledigt ist und der Freiherr die Standesgenossin mit goldenem Zubehör gefunden hat, dann wird ihm die „Kölnische Zeitung" sicherlich eine Ecke ihres Raumes überlassen, wo er der Heiligkeit der Ehe eine Hymne singen und wider die Sozialdemokratie donnern mag, die diese Institution zerstören will.

Front vor dem Kinderwagen! Aus Potsdam, dem Wohnsitz des deutschen Kronprinzen, teilen bürgerliche Blätter mit:

> Offiziere und Mannschaften der Potsdamer Garnison sind längst daran gewöhnt, auf die Kinderwagen, die sich auf den Trottoirs oder in den Parkanlagen bewegen, acht zu geben. Prinz Louis Ferdinand, das Kind des Kronprinzen, unternimmt nämlich, wie auch andere Erdenkinder in seinem Alter, im Kinderwagen, den seine Bonne führt, seine Ausfahrten. Zur Seite des Wagens geht meist eine Hofdame, der man aber, wenn man sie nicht gerade persönlich kennt, Amt und Würde nicht ohne weiteres ansehen kann. Der Soldat weiß aber, worauf er aufzumerken hat. Einige Schritte hinter Wagen schreitet nämlich ein Lakei, der am Zylinder die doppelte Adlertresse trägt. Er ist das Zeichen für Offiziere und Gemeine, daß vor dem Kleinen im Kinderwagen Front zu machen ist. (!) Unter dem Publikum, das diese Sitte beobachtet, sind es meist die Ausländer, die wohl nicht mit Unrecht darüber lächeln, wenn vom „langen Plüskow", dem großen Offizier der preußischen Armee, bis zum kleinsten Kadetten dem jugendlichen Prinzen stramm das ihm zustehende Honeur erwiesen wird. Der älteste Sohn des Kronprinzenpaares, Prinz Wilhelm, grüßt nach Kinderart wieder. Seinem kleineren Bruder führt noch die Bonne das Händchen an die Mütze zum Gegengruß, wenn ein baumlanger Grenadier sich zum Frontmachen aufgebaut hat.
>
> Für das Verhältnis von Fürst und Volk und den Kadavergehorsam in der deutschen Armee kann es gar kein packenderes Bild geben als das Frontmachen vor dem Kinderwagen!

Was einer Exzellenz passieren kann. Das Schloß Fürstenried, in dem der geistesgestörte König Otto von Bayern seit Jahren untergebracht ist, wird stets auf das schärfste bewacht. Nichtsdestoweniger gelang es letzte Woche einem Italiener namens Solesco, die Mauer zu übersteigen. Er schlich sich in die sogenannte englische Abteilung und setzte sich dort auf die Bank, auf der gewöhnlich der König zu ruhen pflegt. Der Mann wurde von Personen überrascht und sofort der Wache übergeben. Was ihn zum Übersteigen der Mauer veranlaßte, konnte noch nicht ermittelt werden, da er jede Auskunft verweigert. Im Anschluß an diesen Vorgang erzählt die „Münch. Post" folgendes nette Geschichtchen: Einem Minister, dessen Aktivität zurzeit ruht, ist es seinerzeit, als er im Fürstenrieder Park Erkundigungen einzog, schlimmer ergangen. Es war tiefe Nacht. Der Minister lag im Bett und schlief den Schlaf des Gerechten; denn ein bayerischer Minister ist gerecht. Plötzlich wird er durch einen Diener geweckt. Ein Eilbote ist angekommen mit der Meldung, daß es im Schloß Nymphenburg brenne. Noch halb im Schlafe, schlüpft der aus seinen Träumen Gerissene in die ministerielle Hose, läßt anspannen und gibt — erregt und verwirrt — den Befehl, nach Schloß Fürstenried zu fahren. In gestrecktem Trab geht's nun die Fürstenrieder Landstraße hinaus. Als das Fuhrwerk hält, liegt das Fürstenrieder Schloß im Dunkeln da. Der Minister steigt aus und klopft, endlich wird geöffnet, der wachhabende Offizier fragt nach dem Begehr des nächtlichen Ruhestörers.

„Wo brennt's?" fragte hastig der Minister.

„Nirgends."

„Freilich brennts, habe eben die Meldung erhalten, ich bin nämlich der Minister."

„Bei uns brennts nicht," lautet die Antwort in energischem Ton und dann schlägt der Offizier die Türe zu.

Dem Abgewiesenen dämmerts allmählich, daß er sich geirrt hat, im Trabe gehts wieder zum Palais in München zurück, wo inzwischen die Nachricht eingelaufen ist, daß der Brand in Nymphenburg — ein unbedeutender Zimmerbrand — gelöscht ist. Am anderen Tag erhielt der Minister den täglichen Rapport aus Schloß Fürstenried: „Im Befinden Sr. Majestät ist keine Änderung eingetreten. Auch sonst liegt nichts Neues vor, nur während der Nacht klopfte ein anscheinend Betrunkener an das Schloßtor, erklärte, es brenne und behauptete, er sei der Minister. . . ."

Standesamtliche Nachrichten

vom 9. bis 15. August 1908.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

26. Juli. Seemaschinist L. C. E. J. Th. Fischer.

2. August. Arbeiter J. C. H. Knoop. 4. Arbeiter C. A. L. Greger (Vorwerk). Arbeiter H. J. F. Derlin. 5. Kaufmann H. E. Richelsen. 6. Schutzmann A. W. O. Lawietzke. Kontorbote G. L. Schroeder. Schutzmann F. K. Jahr. Schneider H. H. A. Clasen. Kaufmann A. H. Chr. Stahlberg. Bureaugehilfe am Steuerbureau J. Hauenstein. 7. Mietkutscher H. J. E. Dahmke. Bäckermeister W. H. Reimer. Bademeister M. L. H. Wiese. 8. Arbeiter H. Grevismühl. Kutscher J. F. H. G. Langhans. Arbeiter M. Chr. W. Platthoff. Lagermeister K. G. O. Geicke. Geschäftsreisender G. L. J. Gorsler. 9. Tapezier Chr. A. Jacob. Fuhrunternehmer J. J. H. Parbs. Arbeiter H. H. J. Wollmer. Eisenbahn-Wagenschieber J. H. R. Martens. Grünwarenhändler W. H. F. Rowedder. Kutscher E. A. F. Ziethen (Zwillinge). 10. Arbeiter J. C. Chr. Warncke. Maschinentechniker E. H. J. Buthmann. Arbeiter K. J. H. Moll. Schlosser O. F. E. C. Buchholz. Eisenbahngüter-Expedient J. E. C., gen. F. Witthöft. 11. Schriftsetzer F. A. G. Boll. Maurer J. H. F. Junge. Schuhmacher O. C. W. Brümmer. Eisenbahnarbeiter A. Ratajczik. 12. Arbeiter J. H. H. Bibow. Kutscher J. H. H. Zeplin. 13. Prokurist. C. H. G. Ritter. 14. Arbeiter H. F. F. J. Horstmann. 15. Schlosser P. G. H. Behrens.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

4. August. Telegraphenarbeiter J. F. W. Sewe. Beamter der Deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaft P. A. F. Maaß. 5. Arbeiter H. Freitag. Seemaschinist K. B. Johansson. 6. Schlachter J. L. H. Gottschalck. Matrose A. F. J. Meister. Konditor J. F. A. Schild. 7. Messerschmied und Büchsenmacher H. J. F. Olborf. 8. Geprüfter Lokomotivheizer E. A. W. Frank. Arbeiter R. H. H. Holtz. Tabakspinner F. W. Hattenbach. 9. Tapezierer Chr. Ad. Jacob. Landmann H. Paulsen. Arbeiter J. H. P. Havemann. 10. Buchbinder P. Cl. J. Vogel. Kaufmann A. J. G. Berndt. Schutzmann J. F. H. Krüger. Arbeiter H. F. W. Wilms. 11. Hafenarbeiter F. J. Kreutzfeldt. Maschinenschlosser C. O. Mauritz. Schuhmacher W. J. Heinsohn. Fischer J. H. J. Jacobsen (Gothmund). Schlosser J. H. Lenich. Arbeiter J. A. F. W. Gothhusen. 14. Buchbinder M. B. F. Wegner. 15. Arbeiter F. C. Chr. Grau. Stellschleifer H. L. Bode.

Angeordnete Aufgebote.

August. 10. Maler K. K. C. Nielsen und B. C. Denker. Arbeiter H. J. J. Körner und Witwe D. Ch. Petersen geb. Laufert. Dienstknecht F. W. Krüßmann in Ritzerau und J. M. C. Reimers. 11. Torpedoschlosser F. Marcus in Wilhelmshaven und die geschiedene J. M. Riebsahm geb. Kröger. Arbeiter C. W. Teckenburg und C. W. L. Baars. Sergeant E. E. C. Wagenknecht und H. H. Wulf in Ludwigslust. 11. Schiffbau-Vorzeichner P. W. M. Lau und Jetje Siebolts in Emden. Architekt J. A. Ludwig in Mannheim und K. T. M. A. Krebs. Schiffzimmermann W. A. J. Müller und F. A. K. Schweigel. Schlosser H. H. J. Kröger und C. A. Janicke, beide in Berlin. 13. Arbeiter J. J. Lohrbeer und Witwe Wilh. Müller geb. Treppke. Eisenbahnassistent H. J. H. Forstmann und C. A. Wigger. 15. Kaufmann A. W. Henning in Mannheim und E. S. M. D. Jarckow.

Eheschließungen.

11. August. Rechnungsführer G. H. H. J. Schmidt und E. C. Stau. Geschäftsreisender J. F. Lange in Hagen i. W. und M. H. Sommer. Kaufmann J. G. Jürgens in Schwartau und A. A. D. Benthien in Krempelsdorf. Arbeiter K. J. Wriedstruck und M. K. D. Meins. Bankbeamter E. C. Abel und J. M. K. Scherina. 12. Schiffs-Ingenieur E. F. Beeth und M. F. Kucera. 14. Lokomotivhilfsheizer J. F. W. Burmeister und A. L. E. Wulf in Stöllnitz. Kaufmann K. A. K. Kriedemann und F. L. E. Schiemeck. Knappschaftsdirektor A. H. L. C. Büttner in Halle a. S. und E. M. F. Schweighoffer. Arbeiter F. J. L. Jenz und B. F. Schultz. Arbeiter R. E. A. Völker und M. Barthel. Maler F. J. C. Westendorf und H. E. D. M. Bene. Arbeiter K. W. F. Brüning und die geschiedene M. B. Ringel geb. Oldenburg. Obermaschinistenmaat E. F. Ando in Kiel und E. Gehwers.

Sterbefälle.

August. 7. W. geb. Behrmann, Ehefrau des Schlachtmeisters F. H. C. Piel, 39 J. 8. F. O. K. Weidemann, 3 M. Ein Mädchen, 2½ Stunden, V.: Arbeiter R. H. H. H. Fuhrmann J. H. L. Kohß, 56 J. 9. K. W. H. Ehmke, 4 J. A. C. M. geb. Höltig, Ehefrau des Maurergesellen J. J. Schmidt, 72 J. C. S. M. geb. Wohlwerth, Ehefrau des Arbeiters H. D. C. Schmidt, 77 J. 10. G. G. W. Topp, 17 T. Ein Mädchen, 6 Stunden, V.: Arbeiter J. H. Havemann. E. H. F. P. Albrecht, 6 M. E. M. E. W. 3 M. E. F. K. Wulff, 4 M. L. D. B. geb. Schofeldt, Ehefrau des Friseurs G. R. A. Tschacher, 26 J. (Hamburg). H. geb. Beutler, Witwe des Arbeiters L. Dannowski, 66 J. J. W. Appel, 2 M. P. H. P. Möller, 2 M. Privatmann Ph. F. Schmidt, 88 J. Brenner J. J. H. Derlin, 56 J. A. H. W. Stephan, 2 M. 12. Diätar beim Landgericht J. H. Vollmer, 32 J. M. A. L. geb. Bentin, Ehefrau des Arbeiters H. H. M. Schröder, 68 J. C. F. E. geb. Reihard, Witwe des Privatmannes J. J. Kirchner, 70 J. T. Hoffmann, 7 M. 13. B. W. L. Dühring, 6 M. E. Schlachtermacher, 20 T. 14. Handlungsgehilfe J. C. F. Möller, 33 J. Arbeiter C. J. H. Bestmann, 73 J. 15. Ein totgeb. Mädchen, V.: Kaufmann F. J. W. Pagels. Hafenarbeiter F. Duniza, 78 J. E. D. E. Evert, 13 T.

Letzte Nachrichten.

Hannover, 17. August. Vom Blitz erschlagen wurde heute während des Gewitters ein Unteroffizier des 73. Infanterieregiments. Zwei Soldaten wurden betäubt.

Essen, 15. August. Wie die „Rhein. Westf. Ztg." aus guter Quelle erfährt, sind in den letzten Tagen bei Kavallerieübungen im Sennelager 6 Mann zu Tode gekommen, außerdem mehrere schwer verletzt worden, 27 Pferde sind ebenfalls zugrunde gegangen. Man darf wohl erwarten, bald Näheres über diese Unfälle zu erfahren. Das sonst übliche Vertuschungssystem ist hier wenig am Platze.

Stockholm, 17. August. Die Arbeiter von 21 der Vereinigung schwedischer Schuhwarenfabrikanten angehörenden Schuhwarenfabriken, die sich über das ganze Land verteilen, sind wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Der Streik umfaßt etwa 3000 Arbeiter.

Lissabon, 17. August. Nach hierher gelangten Nachrichten brach an Bord des holländischen Dampfers „Amland", der zwischen Südamerika, Lissabon, Vigo, Dublin, Hamburg, Amsterdam verkehrt, am Tage nach der Abfahrt von Rio, während er 299 Passagiere an Bord hatte, meist Spanier und Portugiesen, Feuer aus. Ungeachtet aller Gegenbemühungen des Kapitäns entstand eine Panik. Dabei stürzten sich etwa 20 Personen in ein Rettungsboot, das, als das Verbindungstau abgeschnitten wurde, kenterte. Von den ins Meer gefallenen Passagieren vermochten sich sechs durch Schwimmen am Leben zu erhalten. Es waren dies Portugiesen; sie kehrten an Bord zurück, bevor das Feuer inzwischen erstickt war.

Literarisches.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 8 des dritten Jahrgangs, August 1908. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart. Das Augustheft enthält eine Abhandlung Josef Aug. Lux' über Die Wiener Kunstschau vom Standpunkt des Kunstgewerbes; ferner eine Arbeit Franz Fammlers über Wohnstühle; die Fortsetzung des Artikels des Architekten O. Winkelmüller über Treppenbau (mit vielen Abbildungen und den Schluß des Artikels Ein Streifzug durch die Geschichte der Sägewerke von Karl Hermannsdörfer (mit 13 Abbildungen); schließlich eine Arbeit Wilh. Zimmermanns über Beseitigung heller Poren bei gebeizten Eichen- und Eschenholzflächen und eine solche Otto Hildebrands über Verfahren zum Holzätzen. Das Heft enthält insgesamt 41 Abbildungen, darunter 10 ganzseitige. Ein Abonnement dürfte sich für alle Holzarbeiter sehr empfehlen. Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Stuttgart, Adler-Straße 43.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u.
Sämtlich in Lübeck.